Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 32. Freitag, den 7. Februar 1919. 26. Jahrg.

Die Eröffnung der Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 6. Februar. Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt. Sämtliche Zuschauerräume sind überfüllt. An den Tischen für die Volksbeauftragten, Staatssekretäre und die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen bemerkt man Ebert, Scheidemann, Wissell, Erzberger, Hirsch, Landsberg, Südekum und Staatssekretär Baake. Die Sitzung wurde um 3¼ Uhr eröffnet. Der Vorsitzende, der

Volksbeauftragte Ebert

begrüßte die Versammlung mit folgender Ansprache:

Meine Damen und Herren!

Die Reichsregierung begrüßt durch mich die Vertreter der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. **Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution,** sie wird es auch in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Beifall.) In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. (Zischen rechts.) Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, wirkt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärts bringen, ohne das Reich und seine Wirtschaftslage zu Grunde zu richten. (Sehr wahr!) Deshalb begrüßt die Regierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. (Beifall.) Mit den alten Königen und Fürsten von Gottesgnaden ist es für immer vorbei. (Lebhafter Beifall links. Zischen rechts. Wiederholter starker Beifall links. Rufe rechts: Abwarten!) Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt. **Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert für alle Zukunft sich selbst.** (Zuruf bei den U.-Soz.: Mit Noske!) Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Weg, auf dem es sich aus dem Blutsumpfe des Krieges und der Niederlage wieder heraufarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution (Rufe rechts: Oho! Rufe links: Niemals!) Meine Herren und Damen! Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. (Zuruf: Ludendorff hat es gemacht!) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte man nicht anders handeln. (Sehr wahr!) Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend in das die verkehrte Politik der alten Gewalt und der Uebermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt hat. (Sehr wahr! Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. (Sehr wahr! Widerspruch und Zuruf: Soldatenräte!) Die Tatsache, daß wir durch die Hungerblockade viele Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern zum Opfer gefallen sind, tötet die Redensart, daß wir ohne die Revolution mit unseren Lebensmitteln ausgereicht hätten. **Niederlage und Lebensmittelnot haben uns den gegnerischen Mächten ausgeliefert.** Aber nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg ungeheuer erschöpft. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Feinden entspringt ihr Bestreben, sich schadlos zu halten am deutschen Volke, wird der Ausbeutungsgedanke in das Friedenswerk hineingetragen. Ihr Rache- und Vergewaltigungsplan fordert den schärfsten Protest heraus. (Lebhafte einseitige Zustimmung.) Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre zu Lohnsklaven anderer Länder gemacht werden. (Erneuter Beifall und Zustimmung.) Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gut gemacht werden durch Hand-in-Hand-Gehen der Völker, angesichts des Massenelends auf allen Seiten erscheint die Schuldfrage beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen eine absichtliche Verschuldung oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen strafen, die selbst Opfer waren, Opfer des Krieges, Opfer unserer frühenen Unfreiheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weshalb haben nach ihren eigenen Zeugnissen unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht mehr erstehen. (Zuruf bei den Sozialisten: Sie richten ihn wieder auf!) Für Gerechtigkeit, Freiheit und einen Dauerfrieden haben unsere Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart gewesen und schonungslos durchgeführt worden. Elsaß wird ohne weiteres als französisches Land behandelt. Die Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verhindert worden. (Pfuirufe.) Die Deutschen werden aus dem Lande getrieben (Erneute Pfuirufe) und ihr Besitz wird sequestriert. Das besetzte linksrheinische Gebiet wird vom übrigen Deutschland abgeschlossen. (Rufe bei den Unabhängigen: Weimar wird auch abgedrängt!) Die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen, wird ungeheuer aufzuweiten gesucht zu einer allgemeinen geldwirtschaftlichen Versklavung des deutschen Volkes. Während wir längst außerstande sind, den Waffengang zu erneuern, werden unsere 800.000 Kriegsgefangenen noch immer zurückbehalten und sind vom seelischen Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit aufs schwerste bedroht. (Pfuirufe. Rufe auf der äußersten Linken: Wir behalten ja die Russen auch noch!) Aus diesem Mit der Gewaltpolitik spricht kein Geist der Versöhnlichkeit. (Zustimmung.) Die Waffenstillstandsbedingungen wurden damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt wären. Wie will man das rechtfertigen, daß man sie der jungen sozialistischen Regierung fortdauernd verschärft, obwohl wir alle Kräfte einsetzen, den uns auferlegten schweren Verpflichtungen gerecht zu werden? Wir warnen die Gegner, uns zum Aeußersten zu treiben. Wie General Winterfeld könnte eines Tages jene deutsche Regierung gezwungen werden, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung zuzuschieben. (Bewegung.) Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Sklavenschmach und einer sozialistischen Volksregierung. Gerade diese muß daran festhalten: Lieber äußerste Entbehrung als Entehrung. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn zu den Millionen, die im Kriege alles verloren haben und nichts mehr zu verlieren bekommen, auch noch diejenigen kommen, die glauben, Deutschland hat nichts zu verlieren, dann wird sich unwiderstehlich die Taktik der Verzweiflung durchsetzen. Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilsonfrieden, auf den wir Anspruch haben. (Beifall.) Unsere freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk, erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben. (Allgemeine Zustimmung.) Deutschland kann in der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Völker den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch vorzuarbeiten in dem Sozialismus, der allein Dauer haben kann, der den Wohlstand und die Kultur des Volkes hebt, dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Vergewaltigung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht das zu vernichten, was sich trotzdem hoffnungsvoll bei uns anbahnt. Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entsprach, so müssen die Gründe gerecht gewürdigt werden. Viele Unternehmer haben, verwöhnt durch die hohen sicheren Gewinne, die ihnen die Kriegswirtschaft in dem alten monarchischen protektionistischen Staat verschaffte, verabsäumt, die notwendige Initiative zu entfalten. Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. (Beifall.) Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte zur Arbeit anzuspannen, die allein uns retten kann. (Zustimmung.) Wir haben Verständnis für die seelischen Stimmungen derer, die nach übermäßiger Kraftausgabe in der Kriegszeit jetzt eine Entspannung suchen. Wir wissen, wie schwer es denen, die jahrelang im Felde gelebt haben, sein muß, sich wieder in die friedliche Arbeit hineinzufinden. Aber es muß sein. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zu Grunde. (Zustimmung.) Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehält. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Widerspenstigkeit und Zerstörung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der alte Staat hat es nicht vermocht, zur Deckung der ungeheuren Kriegsschulden die Staatswirtschaft [illegible] zu lassen. In der Zeit der Notlage darf es für Privatmonopole und mühelosen Kapitalprofit keinen Raum mehr geben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Desgleichen wollen wir planmäßig den Profit da ausschalten, wo die wirtschaftliche Entwicklung ein Gewerbe zur Vergesellschaftung reif gemacht hat. (Bravo! links.) Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an, wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwüstliche Schaffenskraft der deutschen Nation. (Beifall.) Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer gebrochen, die preußische Hegemonie, das Hohenzollernsche Heer, die voll der schimmernden Wehr war, sind bei uns für alle Zukunft unmöglich gemacht. Wie der 9. November 1919 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen, vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. (Beifall.) Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz sehende Wilhelminische Aera das Lassalesche Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzuge über sie hinweggezogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar und der Geist der großen Philosophen und Dichter wieder unser Leben erfüllen, es erfüllen von dem Geiste, der im zweiten Teile des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren niedergelegt ist. Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht ins Theoretische verlieren, nicht zaudern und nicht schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen, denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel und leitet es weiter und weiter. Aber wer fest auf dem Sein beharrt, der bildet sich die Welt. (Beifall.) So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahrem sozialem Geiste und sozialistischer Art zu erfüllen. (Beifall.) So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: Wir wollen errichten ein Reich des Rechts und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was das Menschenantlitz trägt. (Lebh. Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Hierauf besteigt der Abgeordnete Pfannkuch von der mehrheitssozialistischen Partei den Präsidentenstuhl und teilt dem Hause mit, daß nach den bisherigen Feststellungen er als am 28. November 1841 geborenes das älteste Mitglied der Versammlung und daher berufen ist, den Präsidentensitz bis zur erfolgten Konstituierung der Versammlung einzunehmen. Als Alterspräsident richtete er an die Versammlung folgende Ansprache:

Ich bekenne, die Uebernahme der Würde des Alterspräsidenten in meinem Lebensalter bereitet mir eine große Freude und Genugtuung, das Ideal, dem ich seit meiner frühesten Jugend mit aller Kraft und Hingabe gedient habe, sehe ich der Verwirklichung entgegreifen. Sie wollen deshalb in mir Alten nur den Vertreter des ewigen jungen Gedankens der Volksfreiheit sehen, welche durch diese Nationalversammlung in Deutschland zur Wirklichkeit geworden ist. Wir stehen an einer Schicksalswendung des deutschen Volkes. Die alten Gewalten, die Deutschland vor dem Kriege regierten, stützten sich nicht auf den ausgesprochenen Willen der Volksmehrheit, sondern erhoben den Anspruch auf eigenes Recht, zu regieren durch eine besonders göttliche Berufung. Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wiederum unter die brutale Gewaltherrschaft einer Minderheit sich beugen muß. Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation. Sie allein trägt die Verantwortung für Deutschlands Zukunft. Von der Durchführung der allgemeinen Anerkennung der Beschlüsse dieser Versammlung hängt es ab, ob das deutsche Volk in Zukunft sich selbst in Freiheit regieren wird. Die Nationalversammlung ist die deutsche Demokratie selbst. Wer ihr die unumschränkte Gewalt zu schmälern sucht, der frevelt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit. (Zustimmung.) Wenn der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volkes entscheidet, dann muß es auch gelingen, sich in sozialer Hinsicht aus dem schweren Sturz, den es erlitten, wieder zu erheben, um sich einen ehrenvollen Platz im Bunde der freien Völker zu sichern. Ungeheuer groß ist die Aufgabe des deutschen Volkes, sich aus allen diesen Nöten zu erretten. Sie, meine Damen und Herren! sind die Bereiter der deutschen Zukunft. Was Deutschland wahrhaft groß gemacht hat, war nie das Werk seiner Fürsten; sondern stets das Werk seines Volkes. (Beifall und Widerspruch.) Davon zeugt die Entwicklung Weimars als Kunststadt. Auch des Volkes politische Größe, die nur bestehen kann in verkörperlicher Freiheit und in musterhaften sozialen Zuständen, konnte und kann nicht das Werk des Gottesgnadentums sein. Das deutsche Volk muß sich seine Größe selbst erarbeiten. Dazu sind Sie berufen und die ganze deutsche Nation innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen blickt erwartungsvoll auf diese Versammlung. Seien wir würdig unserer ungeheuren Aufgaben und üben wir alle unsere Pflicht mit der Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Freiheit, die unser aller Herzen und Köpfe erfüllt. Deutschland soll wieder groß werden in der Welt, nicht durch Gewalttaten von Kriegen, sondern durch die befreiende Gewalt des Friedens. Mögen Ihre Beratungen dazu beitragen, Deutschlands Selbstbestimmungsrecht nach innen und außen zu bewahren. Lasse Sie sich in Ihren Beratungen und Beschlußfassungen stets leiten von dem Grundsatz: Alles für das Volk und alles durch das Volk. Das ist der Segenswunsch, mit dem ich die Tagung der Nationalversammlung eröffne. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nun vor, die Geschäftsordnung des Reichstages einschließlich der in der Verfassung enthaltenen Bestimmungen der Geschäftsordnung als provisorische Geschäftsordnung anzunehmen unter Fortfall der Bestimmungen über die Abteilungen. Ein Widerspruch erfolgt nicht. Mein Vorschlag ist also angenommen. Nach § 1 der Geschäftsordnung ernenne ich zu provisorischen Schriftführern die Abgeordneten Fischer-Berlin (Soz.), Neumann-Hofer (Demokrat), Dr. Pfeiffer (Zentrum) und Malkewitz (Deutsch-Natl.). Ich bitte die genannten Herren, hier oben auf dem Präsidiumsplatz zu nehmen. Nach § 9 der Geschäftsordnung haben wir nunmehr den Namensaufruf vorzunehmen, um die Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl von Mitgliedern der Nationalversammlung festzustellen. Ich bitte die Herren Schriftführer, diesen Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 307 Abgeordneten; die Mehrheit beträgt 211. Die Nationalversammlung ist daher beschlußfähig.

Alterspräsident Pfannkuch beraumt die nächste Sitzung auf Freitag 3 Uhr an. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Bildung der Regierungsmaßnahmen gegen Bremen durch die sozialdemokratische Fraktion

WTB. Weimar, 6. Februar. Die sozialdemokratische Fraktion beschäftigte sich gestern nachmittag auf Grund eines Telegramms aus Hamburg mit den Bremer Vorkommnissen.

Noske führte aus: Die Revolution im allgemeinen hat das Ziel, größtmögliche politische und persönliche Freiheit in Deutschland herzustellen. In einzelnen Orten aber haben Mitarbeiterbeiten von Arbeitern mit Maschinengewehren und Handgranaten eine neue Gewaltherrschaft aufgerichtet. Besonders schlimm war es in dieser Beziehung in Bremen. Von der Versammlungsfreiheit war keine Rede, von der Preßfreiheit noch weniger. Unser Parteiblatt, die „Bremer Bürgerzeitung", wurde uns geraubt, die bürgerliche Presse unter Vorzensur gestellt und tagelang verboten. Mit vorgehaltenem Revolver wurden die Arbeiter aus den Fabriken zu einem Demonstrationsstreik herausgeholt, auch wenn sie nicht alle paar Tage auf der Straße liegen wollten. Dabei haben die Wahlen zur Nationalversammlung ganz deutlich gezeigt, daß hinter den bewaffneten Spartakisten und Unabhängigen wirklich nur ein geringer Bruchteil Arbeiter stand. Das aus dem Felde zurückgekehrte Regiment Nr. 75 wurde unter trügerischen Versprechungen vor die Maschinengewehre gelockt und dann unter dem Bruche der feierlichen Vereinbarungen entwaffnet. **Mit vorgehaltenem Revolver wurde unserer Partei der Wahlfonds von 55 000 Mark abgepreßt.** Mit vorgehaltenem Revolver wurde die Bank gezwungen, **das Bremer Depot der „Bremer Bürgerzeitung"** herauszugeben. Auch aus anderen Anlässen wurden ähnliche Brandschatzungsfeldzüge wiederholt gegen Bremer Banken unternommen. An Stelle jeder Freiheit wurde über Bremen der Belagerungszustand verhängt. Während wir selbst in Berlin an den Tagen, wo wirklich alles auf dem Spiele stand, den Belagerungszustand zu verhängen uns geweigert haben, wurde in Bremen die Todesstrafe für die Vergehen gegen den Belagerungszustand angedroht. Als die Lage eines Tages kritisch wurde und der Kampf drohte, wurden die Angestellten der Aktiengesellschaft Weser an eine besonders exponierte Stelle untergebracht, so daß sie im Falle der Beschießung waffenlos deren erste Opfer gewesen wären. Gegen diese Mißwirtschaft hat die Reichsregierung wochenlang durch Ermahnungen und Appells dringlichster Art anzukämpfen gesucht. Als Antwort bekam sie höhnische Abweisung. Schließlich sagte man ihr klar und deutlich, daß man auf sie pfeife

...d nicht daran denke, sich um die Anordnungen von Ebert-Scheidemann auch nur im geringsten zu kümmern. Eine ganz besondere Rolle spielte dabei Bremens Bedeutung als Seehafen. Die Emdings-Schiffe konnten nicht rechtzeitig auslaufen und sind erst abgefahren, als man den kommunistischen Seeleuten ganz besonders hohe Prämien bezahlt hatte. Die Zustände wurden unhaltbar, als die Lebensmittelschiffe auslaufen wollten. Nachdem sich der Transportarbeiterverband und die Reeder geeinigt hatten, stellten die kommunistischen und internationalen Seeleute die verrücktesten Erpressungsforderungen und drohten, kein Schiff ausfahren zu lassen, wenn ihre Forderungen nicht restlos bewilligt würden. Sogar Sabotage aller Lebensmittelschiffe wurde uns in Aussicht gestellt, wenn wir nicht sofort nachgäben. Dabei war es vollkommen klar, daß auf diese Weise das Auslaufen der Lebensmittelschiffe gar keinen Zweck hatte; denn **die Entente gibt uns nur Lebensmittel, wenn wir einigermaßen dafür bürgen können,** daß sie hier ordnungsmäßig verwaltet und verteilt werden. Wer aber könnte bei diesen Zuständen die Garantie übernehmen, daß die eingeführten Lebensmittel ordnungsmäßig an die Reichsleitung abgegeben würden? Da mußten wir Ordnung schaffen, wenn nicht die Ernährung des deutschen Volkes hilflos gefährdet werden sollte. Eine Notwendigkeit dazu war um so mehr gegeben, als die Bremer und Hamburger Gewaltherrschaft sogar vor offenkundigen Verletzungen der Waffenstillstandsbedingungen nicht zurückschreckte und z. B. Minenboote wieder bewaffnen wollte, die nach den Waffenstillstandsbedingungen desarmiert werden mußten. Nach langem Zögern entschloß sich die Regierung zum militärischen Eingreifen, nicht auf Drängen irgendwelcher Militaristen, sondern aus einfachem Pflichtgefühl. Die Division Gerstenberg hatte durch den einstimmigen Beschluß der Regierung festgelegte genaue Vorschriften. Unser Kollege Deichmann war während der ganzen Aktion beim Stabe der Division, die nichts getan hat, was er nicht billigte und was er nicht für notwendig erklärt hatte. Der Einmarsch in Bremen und die Entwaffnung wäre vielleicht ohne Blutvergießen abgegangen, wenn sich der Hamburger Soldatenrat nicht eingemischt hätte. Der Hamburger Soldatenrat beansprucht die oberste Kommandogewalt für den ganzen Bezirk des 9. Armeekorps. Die Regierung soll in diesem Bezirk nichts ohne seine Zustimmung tun können. Das ist eine ganz unmögliche Zumutung. Wir haben ja auch in Cuxhaven einen Soldatenrat, der eine unabhängige kommunistische Republik ausgerufen hat. **Dagegen hat der Hamburger Soldatenrat ebensowenig etwas unternommen, wie gegen das Vorrücken der Bremer Kommunisten.** Nur gegen die Reichsregierung will er seine angebliche Kommandogewalt behalten. Dabei hat er wiederholt dieser Reichsregierung mitgeteilt, daß er ihren Anordnungen nicht nachkommen kann. Wir haben ja auch Soldatenräte in Allenstein und Posen, die das Recht der Verhandlung mit Polen und das Recht auf Abtretung preußischen Gebietes in Anspruch nehmen und erklären, da habe ihnen die Reichsregierung nichts hineinzureden. Wir haben alles Erdenkliche getan, um die Soldatenräte mit möglichst weitgehenden Befugnissen an unser Heereswesen anzugliedern. Aber die oberste Kommandogewalt muß, wie auch der Rätekongreß beschlossen hat, in den Händen der Reichsregierung bleiben. Sonst ...ben wir wieder ruhig zu, daß wir mitten in der Anarchie sind, ...d treten ab. Leider hat sich ein Teil unserer Hamburger Genossen von der Hetze gegen die Reichsleitung ins Schlepptau nehmen lassen. Von allen Vorgängen der letzten Wochen war mir der schmerzlichste, daß die „Freiheit" einen Artikel des „Hamburger Echo" nachdrucken konnte, der uns als Wiederhersteller des Militarismus und Verderber der Revolution bekämpft. Unsere eigenen Parteigenossen sind uns in der schwierigsten Lage in den Rücken gefallen. Das ist tieftraurig für die ganze Sozialdemokratie. Wenn das so weitergeht, wollen wir lieber gleich unsern Bankerott erklären. Solange wir aber die Kraft haben, wieder der Freiheit des deutschen Volkes gegen die terroristischen Gewaltakte einer kleinen Minderheit zur Geltung bringen. Die Schuld an dem Blutvergießen, das leider unvermeidlich war, trifft nicht uns, sondern die, die den Willen des deutschen Volkes nicht anerkennen wollen. Ich fordere Sie auf, das Vorgehen der Regierung in der Bremer Angelegenheit ausdrücklich zu billigen.

An die Rede Noskes schloß sich eine Aussprache, in der Robert Schmidt erklärte, die Aktion in Bremen sei unbedingt notwendig gewesen, weil ohne sie die Lebensmittelversorgung Deutschlands aussichtslos geworden wäre. Die Regierung hatte die Pflicht, die Lebensmittelzufuhr sicherzustellen, wollte sie nicht ganz Deutschland und die ganze Revolution am Hunger zugrunde gehen lassen. Robert Schmidt dankte ausdrücklich Noske dafür, daß er es auf sich genommen habe, sich als Zielscheibe aller Angriffe herzugeben, die wegen der unbedingt notwendigen Aktionen erhoben würden. Nachdem noch viele Redner, auch aus Hamburg, Altona und vom Transportarbeiterverband gesprochen hatten, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: **„Die Fraktion nimmt von den Mitteilungen über die Vorgänge in Bremen Kenntnis und billigt das Verhalten der Reichsregierung."**

Die Reichskonferenz der Korps-Soldatenräte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wies der Vorsitzende Cohen-Reuß darauf hin, daß die heutige Konferenz nicht befugt sei, die Verordnung, die ein auf legalem Wege zustande gekommenes Gesetz sei, abzulehnen. Lehnen Sie die Verordnung ab, dann beschwören Sie einen Konflikt herauf, in dem Sie nicht Sieger sein werden. Dann sind Sie Putschisten! Es ist übrigens eigenartig, daß die meisten der radikalen Sprecher bis zum 9. November keine Beziehung zum Sozialismus gehabt haben. Wenn Sie nicht beschließen, daß die Verordnung solange Kraft behält, bis sie abgeändert ist — zu Abänderungen ist der Zentralrat ja bereit — kann [illegible] Sitzung nicht weiter geführt.

In der weiteren Aussprache erklärte der Delegierte Scholz: Die Delegierten würden sich damit einverstanden erklären, wenn der Zentralrat die Zusicherung gebe, daß die Durchführung der Verordnung vorläufig unterbleibe.

Stoll (Gardekorps) verliest eine Erklärung des im Zentralrat anwesenden früheren Volksbeauftragten Barth, daß der Zentralrat am 31. Dezember in einer Besprechung mit General Gröner angefallen sei, nachdem Hindenburg ein persönliches Telegramm geschickt habe, daß er die Beschlüsse des Rätekongresses nicht anerkenne.

Gegen diese Behauptung wandten sich vom Zentralrat Cohen-Reuß, Kohn und Heller. Sie erklären übereinstimmend die Behauptung Barths für unwahr ([illegible]); das Telegramm Hindenburgs [illegible]. Hindenburg habe sich hier etwas angemaßt, was ihm nicht gebührt; die Regierung hat bereits eingegriffen.

Der Vertreter des Kriegsministeriums Hamburger ergriff das Wort zu einer Erklärung, nach weiteren [illegible] Verhandlungen mit der Regierung [illegible], um auf Antrag des Delegierten Scholz (5. A.-K.) ein Kompromiß herbeizuführen, das die Ausführung der Verordnung bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen hinausschiebt.

Nunmehr verliest Kremsler vom [illegible] Armeekorps nachstehende Resolution der Konferenz, die mit [illegible] gegen 15 Stimmen gefaßt wurde:

„Die Konferenz lehnt es ab, über die sachliche Seite der Kommandoverordnung bzw. Wiedereinführung der Kommandogewalt abzustimmen, bevor wir nicht bindende Erklärungen über die Stellung der Regierung und des Zentralrats sowohl zu der Verordnung selbst, wie zu den von der Konferenz zu machenden Abänderungsvorschlägen und Ausführungsbestimmungen erhalten haben."

Ein Antrag Scholz (5. A.-K.), das gegenwärtige Inkrafttreten der Verordnung abzulehnen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Cohen-Reuß: Durch die Resolution ist die Verordnung [illegible] (Widerspruch), denn [illegible] zu einer Konferenz gehen.

Vorschläge, die in der Hauptsache vorsehen, daß die Soldatenräte in ihrem Wirkungskreise die höchste Instanz bilden sollen und daß von den Offizieren die Befehlsgewalt nur im Einverständnis mit den Soldatenräten ausgeübt werden soll, wurden zur weiteren Bearbeitung einer neungliedrigen Kommission überwiesen, die sich auch mit der Frage der Regelung von Neuwahlen für die Soldatenräte zu beschäftigen haben wird. Eine lange Debatte gab es über einen Antrag auf Einsetzung einer Kontrollinstanz beim Kriegsministerium, eines Reichssoldatenrates.

Der Vorsitzende Cohen wandte sich gegen die Wahl einer solchen Kontrollinstanz. Die Versammlung stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der Regierung ein solcher Reichssoldatenrat schon heute zu wählen sei. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach der dem Kriegsministerium beizugebende Reichssoldatenrat sich aus je einem Vertreter der zum preußischen Befehlsbereich gehörigen Armeekorps zusammensetzen soll und das Kriegsministerium ersucht wird, den Reichssoldatenrat nach erfolgter Wahl der Mitglieder umgehend einzuberufen. Die Delegierten ließen zum Schluß noch besonders zum Ausdruck bringen, daß sie durch die Wahl der Kommission, die die Abänderungsvorschläge zur Verordnung über die Neuregelung der Kommandogewalt bearbeiten soll, die Verordnung selbst durchaus nicht anerkannt haben.

Däumig verbreitete sich über das Wesen der Soldatenräte und die Ursachen, die zu ihrer Gründung geführt haben und auch ihren Weiterbestand rechtfertigen. Der militärische Geist des alten Regimes beginne sich wieder zu regen. Schritt für Schritt würde den Soldatenräten das Wasser abgegraben. Militärische Entschließungen würden über die Köpfe der S.-Räte getroffen. Ohne die Armee zu fragen, würden von Hinz und Kunz Freikorps angeworben. Statt ein Volksheer zu schaffen, habe man das verrufenste Heerwesen, das Söldnerwesen, eingeführt. Diese Prätorianergarden seien zu allem zu gebrauchen und bildeten daher eine schwere Gefahr. Dagegen müßten sich die Soldatenräte wehren. Der Dezemberkongreß habe den Zentralrat mit der Durchführung der Hamburger Punkte beauftragt; der Zentralrat habe das ihm geschenkte Vertrauen mißbraucht. Die Soldatenräte ständen und fielen mit den Arbeiterräten. Das Solidaritätsgefühl aller Soldatenräte müsse gestärkt werden, damit der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft nicht den Leuten überlassen werde, die bisher ihr Nutznießer waren.

Hierauf verlas der Vorsitzende nachstehende, aus Weimar eingegangene

Antwort der Reichsregierung:

„Die Regierung steht auf dem Standpunkte, daß Wünschen nach Klarlegung der Verordnung über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt usw., wo Zweifel auftreten, Rechnung getragen werden soll, ebenso, daß Beschwerden über Ausführung im Einzelfalle geprüft werden. Bei Erlaß späterer Ausführungsbestimmungen, wo sie nötig werden, werden die Ansichten der Soldatenräte mit herangezogen werden.

Was die Kommission, die der Zentralrat sich zur Unterstützung einberufen will, betrifft, so wird die Ansicht auch dieser Kommission mit in Betracht gezogen werden.

Der Beginn der Ausführung der Verordnung, für die so ein Spielraum gelassen ist, kann aber nicht dadurch verhindert werden, daß an einzelnen Punkten Zweifel auftreten. Dem Wunsche, die Verfügung ganz auszusetzen, bis Ausführungsbestimmungen gegeben sind, kann nicht stattgegeben werden.

Was die Beiordnung eines Landessoldatenrates an das Kriegsministerium betrifft, so ist dies eine Frage von so weittragender Bedeutung, daß die Beantwortung Sache der Regierung und Volksvertretung ist."

Der frühere Volksbeauftragte Barth (U.S.P.) schildert die Vorgänge in der Regierung während seiner Amtstätigkeit. Jede positive Arbeit der damaligen Regierung sei an der Autoritätsfrage gescheitert. Ebert, Scheidemann und Noske seien Hampelmänner in der Hand des Chauvinisten Landsberg, der erklärte, wir müßten wieder eine Militärmacht haben, auf daß wir allen Völkern wieder gegenübertreten können. Der Grenzschutz im Osten sei das schwerste Verbrechen. Durch den Grenzschutz seien sämtliche Verhandlungen mit den Polen und mit Rußland gestört worden, wodurch 200 000 deutschen Soldaten, die Kranke und Krüppel seien, die Rückkehr unterbunden worden sei. Weiter spricht der Redner über die Putsche in Berlin. Zum Schluß seiner Rede betonte Redner die Wichtigkeit eines Armeerates.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gerichtlich bestätigte Sozialisierung.

Das „Hamb. Fremdenblatt" berichtet aus Braunschweig: Die Rechtsunwirksamkeit der Braunschweiger Sozialisierung wurde durch Urteil des hiesigen Landgerichts bestätigt. 24 Maschinenfabriken der Eisenindustrie im Freistaat Braunschweig hatten gegen die braunschweigische Landesregierung, gegen den braunschweigischen Staatsfiskus sowie gegen die Volkskommissare Oerter und Eckardt Klage eingeleitet. Diese richtete sich gegen den Eingriff der braunschweigischen Volkskommissare durch zwangsweisen Abbau der Akkordarbeit und deren Ersatz durch Lohnarbeit, ferner gegen die Eingriffe und Handlungen von Beamten, die darauf hinausliefen, zwangsweise und entgegen den herrschenden Reichs- und Landesgesetzen die Betriebe zu vergesellschaften (sozialisieren). Die Kläger beantragten Rechtsunwirksamkeit der obigen Maßnahmen und Schadenersatz. Ihre Klage wurde durch die Erste Zivilkammer kostenpflichtig abgewiesen.

Vorstöße der Polen.

Die Pressestelle des Volksrates Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, teilt mit: Die Polen haben mit etwa 1000 Mann gut disziplinierter Truppen die Stadt Rawitsch halbkreisförmig angegriffen. Die Rawitscher Besatzung, die sich auf etwa 500 Mann beläuft, hat im Verein mit der Bürgerwehr, die mehrfach eingesetzt wurde, den Feind zurückgeschlagen. Der Kampf dauerte bis 6 Uhr morgens. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Die Lage ist weiter sehr ernst. Nach den Berichten gefangener Legionäre wird in der kommenden Nacht ein neuer Angriff auf Rawitsch erwartet.

Oesterreich.

Neue Unruhen in Wien berichtet die „Frankf. Ztg.": Infolge der Verkürzung der Fleischration auf 100 Gramm pro Kopf und Woche kam es in Wien zu Straßenkundgebungen und im weiteren Verlaufe zu Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte, Gasthäuser und Hotels. Auch wurden geschlossene Geschäfte erbrochen. Die Ausschreitungen nahmen einen größeren Umfang an und dauerten bis zum Abend. Es beteiligten sich viele Halbwüchsige und Arbeitslose, aber auch die Arbeiter von Schiffswerften und der staatlichen Tabakfabriken.

Italien.

Wachsende Unruhen. Infolge der wirtschaftlichen Krise in Oberitalien entwickeln sich Zustände, die sich in keiner Weise von russischen Verhältnissen unterscheiden. Es haben sich bewaffnete Banden gebildet, die die Lebensmitteltransporte auf freier Strecke anhalten und ausplündern, ohne daß es den Behörden gelungen ist, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Dem „Corriere della Sera" zufolge sind in der ersten Januarhälfte allein fünfhundertfünfundvierzig Waggons ausgeraubt worden. Die Ernährung des Landes verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die größeren Städte Oberitaliens sind seit einer Woche gänzlich ohne Fleisch.

Rußland.

Annahme der Konferenzeinladung. Tschitscherin machte durch Funkspruch offiziell Mitteilung von der Antwort der Sowjet-Regierung auf die Einladung der Entente zur Beschickung der Konferenz auf den Prinzen-Inseln und erklärte darin, die Sowjet-Regierung sei bereit Frieden zu machen und nehme die Einladung an.

England.

Auf der Londoner Untergrundbahn ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen. In Glasgow sind alle Fabriken militärisch besetzt. Die Zahl der verhafteten Streikführer ist auf 20 gestiegen.

Kleine politische Nachrichten.

Das Demobilmachungsamt hat einen Entwurf ausgearbeitet, dessen Bestimmungen dem Arbeitermangel auf dem Lande abhelfen sollen. Der Entwurf ging den Volksbeauftragten zu. Er enthält nichts über die Einziehung von Lebensmittelkarten. Alle in der Presse diesbezüglich aufgetauchten Nachrichten sind hinfällig.

Im bayerischen Landeseisenbahnrat teilte der Verkehrsminister von Frauendorfer mit, daß das Defizit bei den bayerischen Staatsbahnen im Jahre 1918 90 Millionen betrage und 1919 weit über 170 Millionen betragen werde, wobei die nach eintretenden Mindereinnahmen garnicht berücksichtigt seien. Gleich trostlos sei die Lage bei allen übrigen deutschen Staatsbahnen.

Der Belagerungszustand über Thorn wurde aufgehoben. Die in der Landesverratsaffäre verhafteten polnischen Bürger sind aus der Haft entlassen worden.

Fort mit der Lauheit!

Die Versammlungen für die Bürgerschaftswahlen waren durchweg nicht sehr stark besucht. Das läßt, wie in anderen Bundesstaaten, eine gewisse Wahlmüdigkeit erkennen, die um so auffälliger ist, als bei den Wahlen zur Nationalversammlung nach nie gekannte Wahlziffern erreicht wurden. Nun mag zugegeben werden, daß die Anforderungen, die seit dem Ausbruch der Revolution nicht nur an den einzelnen, sondern an die politisch denkenden Massen gestellt worden sind, recht große waren und eine gewisse Uebermüdung wohl begreiflich ist. Aber gerade in diesem Augenblick darf sie noch nicht eintreten. Die Lauheit muß noch auf zwei Tage überwunden werden, wenn wir am Abend der Bürgerschaftswahl ein Resultat erreichen wollen, auf das wir stolz sein können. Wir haben im Bürgerschaftswahlkampfe gewiß keine zu hohen Anforderungen in punkto Versammlungen an die Wählermassen gestellt, weil wir wissen, daß die Versammlungen allein nicht den Sieg bringen. Die Versammlungen sollen die Massen zunächst einmal begeistern und aufnahmefähig machen für das, was der Wahlkampf zeitigt. Unendlich wichtiger als die Versammlungen ist die Kleinarbeit, die Agitation von Mund zu Mund, von Haus zu Haus, zu der jedem unserer Anhänger noch ein voller Tag Zeit bleibt, um seinen Bekannten-, Freundes- und Nachbarkreis mündlich belehren zu können. Diese Tätigkeit bedeutet für das Ergebnis der Wahl unendlich mehr, als die glänzend verlaufene Versammlung.

Die Wahl zur Lübecker Bürgerschaft ist für uns nicht etwa von geringerer Bedeutung als die Wahl zur Nationalversammlung. Die Einzelstaaten werden bleiben, wenn auch in veränderter Form. Wir hoffen bestimmt, ein durch den südlichen Teil der Provinz Lübeck vergrößertes Lübeck als selbständiges Staatswesen zu erhalten. Die neue Reichsverfassung räumt auch den Einzelstaaten einen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im Reiche ein, der erheblich über das bisherige Maß hinausgeht. Deshalb ist es von ungeheurer Bedeutung, der neuen Lübecker Bürgerschaft eine Zusammensetzung zu geben, die den Wünschen der sozialdemokratischen Massen entspricht. Das ist aber nur dann zu erreichen, wenn die Anzeichen einer beginnenden Wahlmüdigkeit energisch und rasch überwunden werden. Was der 19. Januar begann, muß der 9. Februar vollenden. Die bürgerlichen Parteien haben den Agitationsapparat ordentlich spielen lassen. Sie haben eine umfassende Hausagitation betrieben, darauf berechnet, Dumme und Säumige heranzuziehen. Es wäre ein sehr bedauerlicher Wahn, wenn die Lübecker Arbeiterschaft glaubt, der Widerstand der reaktionären Parteien wäre bereits gebrochen. Im Gegenteil, die Herrschaften setzen ihre ganze Hoffnung auf die Bürgerschaftswahl. Die Angst vor der Sozialdemokratie treibt sie zur äußersten Kraftanspannung.

Jetzt erinnert Euch Genossen, daß Ihr Euch seit Jahrzehnten danach gesehnt habt, mit der bürgerlichen Gesellschaft Lübecks, mit der Cliquenwirtschaft, gründliche Abrechnung zu halten. Wie schäumte die Wut damals bei der Wahlentrechtung von 1905. Denkt daran, Ihr Arbeiter, wie wir damals gegen den Wechselbalg eines Wahlrechts Sturm gelaufen sind, wie wir uns gegen den blutigen Hohn, der darin lag, zur Wehr setzten. Wir hatten nur den einen Wunsch, mit den Wahlrechtsräubern gründlich abzurechnen. Was uns in anderen Zeiten einen Kampf von Jahren erfordert hätte, das hat uns die Revolution in Tagen gebracht. Jetzt habt Ihr die Möglichkeit, den bürgerlichen Cliquen all die Unbill heimzuzahlen, die sie der Lübecker Arbeiterschaft und der entrechteten Bevölkerung überhaupt je zufügten. Vergeßt nicht, wie sie mit Euch Schindluder getrieben haben, wie sie Euch auf dem Lande alle Säle abtrieben und Euch in Katen oder auf die Koppeln verwiesen. Ueber der Freiheit, die wir heute aus eigener Kraft haben, darf das Vergangene nicht vergessen werden. Und wenn die Gegner heute in ihren Wahlaufrufen auch von Freiheit reden, darf niemals vergessen werden, daß sie diese Freiheit vor gar nicht langer Zeit noch mit Füßen traten.

Der 9. Februar soll Gerichtstag werden in Lübeck. **Es gilt noch einmal eine höchste Anspannung aller Kräfte und ein glänzender Sieg ist uns nahe.**

Die Situation ist ernst. Vom Ausfall der Wahl am Sonntag hängt ungeheuer viel ab und das Schlimmste, was der Arbeiterklasse passieren könnte, wäre, wenn sich der Massen eine Lauheit bemächtigen würde, die geradezu Wasser auf die Mühlen der Gegner treiben würde.

Deshalb rüttelt die Säumigen auf. **Jeder möge in seinem** Bekanntenkreise die rastloseste Tätigkeit entfalten. **Die Wahlbeteiligung darf nicht geringer werden.** Am Sonntag werden die Würfel fallen, wie sich die politischen Verhältnisse in Lübeck ferner gestalten werden. Die Massen haben die Entscheidung. Das Wahlrecht wurde ihnen von der Revolution nicht gegeben, um keinen Gebrauch davon zu

machen, sondern um diese Waffe mit aller Wucht und allem Nachdruck zu führen, immer eingedenk der Worte Ferdinand Lassalles:

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
in dem wir siegen. Nun wohlan!

Auf zur Wahl. Der Sonntag muß für die Lübecker Bürgerschaft eine sozialistische Mehrheit bringen. wb.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 7. Februar.

Der Lübecker Soldatenrat für die Regierung Ebert-Scheidemann.

Von den pseudodemokratischen bürgerlichen Parteien wird in leicht erkennbarer Absicht, der Wahrheit entgegen, die Mär in die Welt hinaus posaunt, als hätten hier in Lübeck mit Hilfe des Soldatenrates spartakistische Putschversuche stattgefunden. Das ist plumper verwerflicher Wahlschwindel. Die wirkliche Meinung des hiesigen Soldatenrates wird durch folgenden Beschluß wiedergegeben:

„Die heutige Vollversammlung der Soldatenräte mißbilligt aufs schärfste den Versuch, das Lübecker Telegraphen- und Postamt zu besetzen. Diese Anordnung geschah lediglich auf Veranlassung des Generalkommandos des 9. A. K. zu Altona, dem der hiesige Soldatenrat unterstellt ist. Der hiesige Soldatenrat will keine Diktatur aufrichten und keinen Stand terrorisieren. Der Lübecker Soldatenrat steht durchaus hinter der Regierung Ebert-Scheidemann.

Der Lübecker Beamtenbund beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Eingreifen des Soldatenrates in den Betrieb des Post- und Telegraphenamtes und der Eisenbahn am 5. Februar. Schon die Form, in der die Herren vorgegangen waren, erregte starke Entrüstung der Beamtenschaft. Waren die Herren doch als Vorgesetzte aufgetreten, hatten verlangt, daß die Beamten im Verkehr mit ihnen „Haltung" annähmen und hatten mit sofortiger Entlassung gedroht, wenn ihren Forderungen nicht Folge geleistet würde. Aber noch ernster als die Form erscheint der Beamtenschaft die Sache selbst. Zwar erklärt der Soldatenrat nachträglich durch die Zeitung, daß es ihm ferngelegen habe, zugunsten der Spartakisten in Bremen einzugreifen. Aber die Führer des Soldatenrates haben doch auf den Vorhalt der mit ihnen verhandelnden Postbeamten, daß nach einer Verordnung der Regierung Ebert-Scheidemann das Postgeheimnis unter allen Umständen zu bewahren sei, erklärt, daß diese Verordnung für sie nicht maßgebend sei, und haben zugegeben, daß ihr Vorgehen gegen die Division Gerstenberg und den Volksbeauftragten Noske gerichtet sei, deren Abberufung sie forderten. So war ihr Einschreiten also letzten Endes doch gegen die Regierung und deren Anordnung gerichtet. Lediglich darum hat die Beamtenschaft der Post, Telegraphie und Eisenbahn, die wie alle Beamten für unbedingte Ordnung eintritt, dem Ansinnen des Soldatenrates sich widersetzt. Die gesamte im Beamtenbund vereinigte Beamtenschaft Lübecks erklärte sich deshalb in der gestrigen Sitzung mit dem Vorgehen dieser Beamtengruppen solidarisch und hat auf einstimmigen Beschluß des Hauptausschusses folgendes Schreiben an den Soldatenrat gerichtet: „Der Hauptausschuß des Lübecker Beamtenbundes hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß am 5. Februar der hiesige Soldatenrat Eingriffe in den Betrieb des Post- und Telegraphenamtes und der Eisenbahn versucht hat, obgleich eine Verfügung der Reichsregierung jeden Eingriff verbietet. Die Lübecker Beamtenschaft hat sich, vom Staatsgefühl durchdrungen, der derzeitigen sozialistischen Regierung des Reiches zur Verfügung gestellt. Ueberzeugt von der Notwendigkeit unbedingter staatlicher Ordnung muß sie alle unbefugten Einmischungen unzuständiger Stellen in den Betrieb der Behörden als verderbnisvoll für unser Volk ansehen. Die Beamtenschaft ist der Ansicht, daß Personen, die sich derartige Uebergriffe erlauben, nicht geeignet sind, an der Spitze des Soldatenrates zu stehen, und sie teilt hierdurch dem Soldatenrat von Lübeck mit, daß sie sich mit dem Vorgehen der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamtenschaft solidarisch erklärt und daß sie jeden weiteren Eingriffsversuch gegen die derzeitige Regierung Ebert-Scheidemann oder die von der Nationalversammlung zu wählende Regierung oder gegen die Reichsgesetze mit der sofortigen Niederlegung der Arbeit durch die gesamte Beamtenschaft beantworten würde."

Spartakus-Agitation wurde heute hier getrieben. Zur Verbreitung gelangten Flugblätter „An die Proletarier aller Länder", in denen natürlich die schwersten Anschuldigungen gegen die sozialdemokratische Regierung Ebert-Scheidemann erhoben werden, von der behauptet wird, daß sie die Ermordung Liebknechts und Frau Luxemburgs gewollt hat. Eine solche Verleumdung von denen, deren geistige Waffen Maschinengewehre sind, wird dadurch noch lange keine Wahrheit, daß man sie gedruckt in die Welt hinaus schleudert. Die Raub- und Mordtaten der Spartakusbanden in Berlin und anderwärts deckt das Flugblatt begreiflicherweise mit dem Mantel der Liebe zu. Sie schreien nichtsdestoweniger zum Himmel. Weiter schwenkt man die „Rote Fahne" der Berliner Spartakisten. Das blutrünstige Papier wird bei vernünftigen Leuten kaum andere Empfindungen als Mitleid und Ekel erregen.

Der Wahlwerbeverein bürgerlicher Frauen, der unter der falschen Flagge der Unparteilichkeit die politisch unerfahrenen Frauen vor den brüchigen Karren der bürgerlichen Parteien spannen will, erklärt heute in einem Flugblatt, es sei eine Verleumdung, daß sich manche Frauen durch die Lügen der bürgerlichen Parteien hätten einfangen lassen. Das ist dennoch richtig und der Wahlwerbeverein möchte sein Spiel, das heute allerdings nicht mehr so einfach ist, aufs neue betreiben. Es empfiehlt dann besonders die „bewährten" bürgerlichen Kandidaten mit dem weiten Blick. Dieser weite Blick hat sich besonders darin kundgetan, daß sie sich bis zuletzt auf das Hartnäckigste gegen die Einführung des Frauenwahlrechts zur Wehr setzten. Jede verständige Frau wird diesen „bewährten" Herrschaften durch den Stimmzettel zeigen, daß ihre Zeit endgültig vorüber ist. Nur die Liste Stelling darf gewählt werden.

„Wahre Freiheit verbürgt die demokratische Partei", wird in einem für die Irreführung des Publikums bestimmten Inserat behauptet, das mit „Mehrere Beamte" unterzeichnet ist. Wie es mit der „wahren Freiheit" dieser angeblichen demokratischen Partei bestellt ist, wird klar durch die Tatsache erhellt, daß gerade die Gegner eines freien Wahlrechts in ihren Reihen Unterschlupf gesucht und gefunden haben. Mit Hilfe der „Demokraten" sollen die Gegner der staatsbürgerlichen Freiheit wieder in den Sattel gehoben werden. Wenn ihnen das gelingt, dann wäre das Gegenteil von Freiheit verbürgt. Und die Beamten würden sich dabei besonders in die Finger schneiden. Ein sehr durchsichtiger Trick ist es, wenn dann die demokratische Partei die Lübecker sozialdemokratischen Bürgerschaftskandidaten für Worte und Taten der Unabhängigen Haase und Ad. Hoffmann verantwortlich gemacht werden sollen. Uns damit zu identifizieren, haben wir absolut keine Veranlassung. Wir stehen auf dem Boden des sozialdemokratischen Parteiprogramms und, soweit die Unabhängigen dasselbe tun, sind wir allerdings im Ziele einig. Darin unterscheiden wir uns gerade von den sogenannten Demokraten, daß wir zu unserm Programm stehen, während jene nach Be- [illegible] es ganz oder teilweise verleugnen.

Zur Bürgerschaftswahl.

Das Interesse der bürgerlichen Parteien an ihren Versammlungen ist nach eigenem Eingeständnis nur sehr gering. Zweimal in dieser Woche haben sich aber doch die bürgerlichen Gegner aufgerafft und sind in großer Zahl angetreten. Das eine Mal handelte es sich um eine Versammlung der Privatangestellten, die am Montag im Marmorsaal des Stadttheaters stattfand. Hier referierten die Genossen Mehrlein und Haut über die Bürgerschaftswahlen und ihre Bedeutung für die Privatangestellten. Nachdem sie eingehend das Kommunalprogramm unserer Partei entwickelt hatten, meldeten sich zahlreiche Redner in der Debatte und zwar Anhänger des Kommisvereins von 1858 und besonders Anhänger des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Ihre Ausführungen bewegten sich aber nicht im Rahmen des Referates sondern waren mehr Werbereden für ihre jeweiligen Verbände. Eine große Anzahl von Diskussionsrednern, darunter auch mehrere Soldaten, wiesen die Angriffe der bürgerlichen Vertreter auf das Schärfste zurück, wobei sie den Beifall der überwiegenden Anzahl der Besucher hatten. Schließlich gingen die Referenten in ihrem Schlußwort noch einmal gründlich auf die gegnerischen Diskussionsredner ein und endete die Versammlung mit einem vollen Erfolge unserer Bestrebungen.

Noch interessanter war die Versammlung, die am Mittwoch im Marmorsaale stattfand und in welcher die Staatsbeamten aller Berufe von uns zum Zwecke der Stellungnahme zur Bürgerschaftswahl eingeladen waren. Auch hier war Genosse Mehrlein Referent, bei der er ebenfalls unsere kommunalen Forderungen eingehend erörterte. Seine Ausführungen waren von großem Beifall begleitet. Die Debatte war hier besonders bemerkenswert. Es sprachen Herr Bruhns als Vertreter des Lübecker Beamtenbundes im Sinne der bürgerlichen Demokratie, dann Herr Lehrer Klöcking, Herr Dr. Steffen und vor allem unser alter Bekannter Herr Julius Klein. Von unserer Seite sprachen die Genossen Löwigt, Buls, Hoff, Kurau, Planthafer, Timmermann und Lange. Genosse Mehrlein griff wiederholt in die Debatte ein und wies alle gegnerischen Angriffe, besonders von Herrn Klein unter großem Beifall der überlegenen Mehrzahl der Besucher zurück. Die Versammlung endete auch hier mit einem vollen Erfolge unserer Sache. Eine große Rolle spielte dabei die Besetzung des Postamtes durch Angehörige des hiesigen Soldatenrates, die Genosse Mehrlein entschieden kritisierte und auf Uebereifer der beteiligten Kreise zurückführte. Die heute mitgeteilte Resolution der gestrigen Vollversammlung der Soldaten beweist, daß Mehrlein durchaus im Sinne der hiesigen Garnison gesprochen hatte und daß damit alle Verdächtigungen der Demokraten in sich zusammenfallen, und beweisen, daß das gestrige Flugblatt lediglich ein schäbiges Wahlmanöver der deutschen demokratischen Partei ist. Wir sind sicher, daß am Sonntag, dem 9. Februar 1919 die überwiegende Mehrzahl unserer Staatsbeamten durch ihren Stimmzettel den mit solchen trüben Mitteln arbeitenden Demokraten dafür die nötige Quittung erteilen werden.

Für die Schaffung weiterer Kleinwohnungen bewilligt der Bürgerausschuß antragsgemäß 2 216 000 M.

Februar-Programm der „Freien Jugend": Montags: Mandolinenabend; Dienstags: für weibliche: Handarbeitsabend; für männliche: Turnabend beim Arbeiter-Turnverein, Langer Lohberg (Marienschule). Freitag, d. 7.: Diskussionsabend über „Der Mensch". Sonnabend, d. 8.: Reigenabend. Sonntag, d. 9.: Tour nach Pariner Berg/Rensefeld. Ab 2 Uhr Lindenplatz. Abends: Vortrag über „Die Gefahren des Tanzbodens". Mittwoch, d. 12.: Vortrag über Lichtdruckverfahren. Freitag, d. 14.: Diskussion über Buchdruckerei. Sonntag, d. 16.: Streiftour nach dem Rieselfeld. Ab 2 Uhr Lindenplatz. Abends: Physikalischer Vortrag. Mittwoch, d. 19.: Vortrag: Paris und die Arbeiterjugend Frankreichs. Gen. Lorenz zur Nedden. Freitag, d. 21.: Diskussionsabend über Jugendbewegung. Sonntag, d. 23.: Rathaus-Besichtigung. 9/10 Uhr Treffpunkt Arkaden. Nachmittags: Tour nach Hohe Tannen; ab 2 Uhr Burgtor. (Schnitzeljagd). Abends: [illegible]vorlesung. Mittwoch, d. 26.: Vortrag des Genossen Dreger über Gaskampfmittel. Freitag, d. 28.: Diskussionsabend über Alkohol. Die Arbeitskommission. Eltern! Schickt Eure Kinder in die Jugendbewegung der Arbeiter, nicht in die Bewegung der Bürgerlichen. Nur die Arbeiter-Jugend, Mengstraße 58, vertritt die Interessen der jungen Arbeiter und macht sie zu zielbewußten Proletariern.

Wegfall der Zulagebrotkarten für Schwer- und Schwerstarbeiter. Da die Arbeiterschaft zurzeit in der Lebensmittelversorgung allen denen, die überhaupt nicht arbeiten, gleichgestellt worden ist, macht sich hierüber große Mißstimmung geltend. Eine für nächsten Montag abend nach dem Gewerkschaftshaus einberufene Versammlung der Arbeiterausschüsse der Lübecker Betriebe will hierzu Stellung nehmen und energische Schritte einleiten, um eine Besserung herbeizuführen. Wir verweisen auf das diesbezügliche Inserat in der heutigen Nummer.

Fürsorgestelle für Geschlechtskranke. Es wird darauf hingewiesen, daß in der Fürsorgestelle im Allgemeinen Krankenhause wegen Ueberfüllung der Dienstagssprechstunde für Männer Freitags von 6¼—7¼ Uhr nachmittags eine weitere Männersprechstunde abgehalten wird. Geschlechtskranke Männer, die die Fürsorgestelle wegen vertraulicher ärztlicher Beratung in Anspruch nehmen wollen, tun daher gut, in der Freitagssprechstunde zu erscheinen.

* **Festgenommen** wurde ein russisch-polnischer Arbeiter, der in Krummesse fünf Hühner gestohlen hatte, um sie hier zu verkaufen. Die Hühner, von denen das eine noch lebte, konnten ihm wieder abgenommen werden.

* **Das gestohlene Pferd.** Wie bereits berichtet, wurde in der Nacht zum 4. d. M. in Büsau bei Mölln eine wertvolle braune Stute gestohlen. Als Käufer des Pferdes wurde ein in der Dräögerstraße wohnhafter Pferdehändler ermittelt, der das Pferd sofort mit der Eisenbahn nach Wandsbek schicken wollte, um es dort weiter zu verkaufen. Aus dem Eisenbahn-Waggon heraus konnte das Pferd noch rechtzeitig beschlagnahmt und für den rechtmäßigen Eigentümer sicher gestellt werden.

* **Diebstähle.** In der Nacht zum 5. d. M. sind einem Fuhrwerksbesitzer in der Moislinger Allee 1 Hahn, 12 Hühner und ein Schwein von 70 bis 80 Pfund aus dem Stalle gestohlen worden. — Abhanden gekommen und vermutlich von einem Rollwagen gestohlen ist gestern vormittag ein Ballen von 29 Kg., gezeichnet B. M. 1112. Der Inhalt des Ballens besteht aus folgenden Zeitschriften: „Nach Feierabend", „Der Volkshort" und „Die Fürsorge". Der Geschädigte sicherte für die Wiedererlangung des Ballens entsprechende Belohnung zu. — In letzter Nacht ist auf der Wallhalbinsel ein Sack mit Pferde-Stutzhaaren gestohlen worden. — Gestohlen ist auf dem Flugplatz in Blankensee ein dem Militär-Neubauamt gehöriges Nivellierungs-Instrument im Werte von 600 Mk. — In verflossener Nacht sind mittels Einbruches aus einer Kolonialwarenhandlung in der Holstenstraße folgende Waren gestohlen: 40 Pfund Bonbons, 9 Schachteln Zigaretten a 100 Stück, 6 Pfund Haderslebener Kautabak, 25 Pfund Kunsthonig, 10 Stück Toilette-Seife und 10 Pakete Lichte. — Am 6. d. M. nachmittags ist bei der Kriegsbrotsammlung ein blau gestrichener Handwagen, gezeichnet F. G., abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

* **Verhaftet** wurde eine hiesige Arbeiterin, die am Sonntag abend einem vor einer Wirtschaft in der Beckergrube stehenden Kaufmann eine Brieftasche mit Inhalt aus dem Paletot herausgerissen hatte und damit entflohen war. Das in der Brieftasche befindlich gewesene Geld hat die dreiste Diebin zu ihrem Nutzen verwandt.

Hamburg. Es wetterleuchtet hier in den letzten Tagen sehr stark. Die Schaffung einer nur aus organisierten Arbeitern bestehenden Volkswehr erregt die Gemüter. Wilde Gerüchte durchschwirrten gestern die Stadt, von dem Anrücken der Division Gerstenberg, von Gefechten mit dem Vortrupp der Division bei Harburg. Und diese Gerüchte peitschten die durch die Hetze der bürgerlichen Presse gegen die Arbeiterschaft ohnehin aufs äußerste erregten Gemüter so auf, daß sie glaubten, nur durch schleunige Selbstbewaffnung die Früchte der Revolution vor der Division Gerstenberg retten zu können. Eine Versammlung von etwa 2000 Soldaten und Arbeitern, die Donnerstag nachmittag auf dem Heiligengeistfeld stattfand, nahm nach einem Referat Henkes den Weg zum Stadthaus, um sich mit Waffen zu versorgen. Die Menge besetzte das Stadthaus. Eine Abordnung begab sich zu den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates im Stadthaus. Einige der durch Fenster Eingedrungenen entdeckten einen Posten der von der Zivilbevölkerung abgelieferten Waffen und verteilten sie unter sich; anderen, die im Besitze eines Scheines vom Werbebureau waren, wurden Waffen ausgehändigt. Alles ging aber verhältnismäßig ruhig vor sich. Später belud man die Lastautos, die im Stadthaushof standen, mit Waffen und Munition und fuhr mit den Kraftwagen davon; wie es heißt, nach Buchholz, den anrückenden Regierungstruppen entgegen. Auch den Sicherheitswachtleuten wurden zum größten Teil die Waffen abgenommen. Aehnlich soll auch eine Anzahl Arbeiter gegen die Kaserne der Sechsundsiebziger vorgegangen sein und dort, nach Angabe der Gründe, Waffen erhalten haben. Vom Stadthaus zogen die bewaffneten Arbeiterscharen in Ruhe und Ordnung nach dem Rathaus. Sie entsandten eine Deputation zum Arbeiter- und Soldatenrat, die den Befürchtungen der vor dem Rathaus versammelten Menge Ausdruck gab, daß die Revolution verloren sei, wenn nicht schleunigst die Schaffung einer Volkswehr Wirklichkeit werde. Der A.- und S.-Rat befaßte sich eingehend mit der Frage und stimmte im Prinzip den Wünschen der demonstrierenden Arbeiter zu, beriet aber noch weiter, indes Genosse Dr. Laufenberg die Menge beruhigte und die Arbeiter ermahnte, in die Streikbureaus zu gehen und dort die Waffen abzuliefern, da eine Volkswehr geschaffen werde, worauf die Menge sich zerstreute.

Kiel. Die Spartacus-Leute stürmten Donnerstag mittag die Flug-Station, setzten sich in den Besitz von Waffen und Munition und verteilten sie an die Arbeiterschaft. Ferner besetzten sie die Frauen-Gewerbeschule, die mit Maschinengewehren stark befestigt wurde. Zu Zusammenstößen ist es noch nicht gekommen. Die Hauptforderungen der aufständigen Arbeiterschaft sind die Entwaffnung und Entfernung der Kieler Sicherheitstruppen und ihre Ersetzung durch eine neue Sicherheitswache.

Kiel. Der Generalstreik ist gestern in allen Großbetrieben in Kiel und Umgebung zur Durchführung gelangt. Da der Straßenbahnverkehr von den Streikenden verhindert wurde, hat die Straßenbahngesellschaft den gesamten Betrieb eingestellt. — Russische Munition in Kiel beschlagnahmt. Bei einer Revision von Mannschaftsschränken der Matrosen wurde eine Menge deutscher und russischer Munition, Handgranaten und Schußwaffen beschlagnahmt. In den Abendstunden wurden mehrere Waffenläden geplündert. Der Verband der aktiven Unteroffiziere der Reichsmarine brachte in einer Versammlung zum Ausdruck, unter allen Umständen für die Ruhe und Sicherheit in Kiel einzutreten.

Neumünster. Gegen den Soldatenrat. Sämtliche Offiziere, Unteroffiziere und Beamten der Garnison sind entschlossen den Dienst zu verlassen, wenn der Soldatenrat nicht sofort zurücktrete. Die Ärzte wollen sich dem Ausstand anschließen. Die Eisenbahner stehen gleichfalls auf dem Standpunkt, nicht weiter den Dienst zu versehen, wegen der kommunistischen Bestrebungen. Der Soldatenrat will anscheinend nicht zurücktreten. Er hat sich in der Kaserne verschanzt. Es wird niemand herein und herausgelassen.

Heide i. H. Die Heider Garnison verlangt die Absetzung des Soldatenrats des 9. Armeekorps.

Schwerin. Die Mecklenburger Dorfschulzen streiken. Um mit dem alten Plunder aufzuräumen, hat die Volksregierung die Entlassung der Dorfschulzen zum 24. Februar und sofortige Neuwahl derselben angeordnet. Dies hat die Dorfschulzen derart in Aufregung gebracht, daß sie durch ihre Interessenvertretung, dem Landesschulzenverein, ein in beleidigender Form abgefaßtes Telegramm an die Volksregierung sandten, worin sie die Aufhebung dieser Verordnung forderten, widrigenfalls sie bereits am 8. Februar sämtlich ihre Aemter niederlegen würden. Darauf hat die Volksregierung kurz und bündig geantwortet, daß sie sich jede Beleidigung verbitte und im übrigen nachdrücklich vor den disziplinarischen und sonstigen Folgen einer vorzeitigen Amtsniederlegung warnt. Trotzdem sind gestern die Schulzen in den Streik eingetreten.

Bremen. Ruhigere Lage. Das Stadtbild hat an Ruhe und Ordnung wesentlich zugenommen. Die militärischen Absperrungen sind aufgehoben, die innere Stadt stark belebt, in der Hauptsache von Neugierigen, welche die Häuserschäden in Augenschein nahmen. Der Geschäftsverkehr wickelt sich wieder normal ab. Die geflüchteten Spartakisten haben sich in kleinen Gruppen verteilt und ziehen sich rechtsseitig der Weser auf den Landstraßen in Richtung auf Bremerhaven zurück. Aus verschiedenen kleinen Ortschaften, die sie passiert haben, liegen Meldungen über gewaltsame Requirierungen und Belästigungen der Bevölkerung vor. Ueber weitere Kämpfe mit ihnen ist nichts bekannt geworden. Inzwischen ist eine große Anzahl von Waffen und Munition seitens der Regierungstruppen gefunden worden, von denen allerdings ein großer Teil demoliert war. In den hiesigen Großbetrieben der Industrie ist die Arbeit Donnerstag vormittag zum Teil wieder aufgenommen worden. Während auf den Atlaswerken der Aufruf der provisorischen Regierung zur Wiederaufnahme der Arbeit fast restlos entsprochen wurde, haben die Arbeiter der Aktiengesellschaft Weser und der Hansa-Lloydwerke an der Belegung der Anlagen mit einer militärischen Wache Anstand genommen und deren Zurückziehung gefordert. — Die neue provisorische Regierung erläßt folgende Verfügung der Regierung Ebert-Scheidemann: Die durch das Kriegsministerium erlassenen Verfügungen und Anordnungen, die von den bisherigen Machthabern nicht anerkannt wurden, und deren Durchführung damit nicht vollzogen ist, treten unverzüglich in Kraft. Alle militärischen Stellen Bremens haben ohne Verzögerung alle Bestimmungen des Kriegsministers, die jetzt noch ihre Gültigkeit haben, durchzuführen.

Bremerhaven. Beschuldigung der Irreführung der Bremerhavener Truppen. Wie der „Telegraphen-Union" mitgeteilt wird, ging Mittwoch abend eine Abteilung Soldaten aus Bremerhaven, die nachts vorher nach Bremen zur Unterstützung der bewaffneten Arbeiterschaft eingetroffen war, freiwillig nach Bremerhaven zurück, ohne daß sie an dem Kampf gegen die Division Gerstenberg teilgenommen hätte. Die Bremerhavener „Volksstimme" erhebt scharfe Anschuldigungen gegen das dortige Arbeiterratsmitglied Armgart und gegen den Polizeipräsidenten Behring wegen bewußter Irreführung der Bremerhavener Truppen. Die Sicherheitsmannschaften in Lehe haben einstimmig beschlossen, den Anordnungen des Soldatenrates in Zukunft keine Folge mehr zu leisten und diesem ihr Mißtrauen auszusprechen. Denselben Beschluß faßte auch der Arbeiterrat. In Bremen wurde, wie weiter gemeldet wird, heute die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen. Bei den letzten Kämpfen wurde besonders das Gebäude der sozialdemokratischen Partei durch Artilleriefeuer äußerst stark in Mitleidenschaft gezogen und fast vollkommen zerstört. Die jetzigen Angaben über die Verluste an Toten und Verwundeten sind weiter ungenau und beziffern sich entgegen anderen Meldungen auf 29 Tote und 97 Verwundete. Das Bremer „Volksblatt" (bisher „Bürgerzeitung") ist wieder erschienen, nachdem es seinen rechtmäßigen Besitzern wieder übergeben wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und :: Komissionssitzungen

15. Distrikt

Versammlung

am Sonnabend, 7½ Uhr abds., im Gewerkschaftshaus.

8901) W. Dibrich, Distriktsführ.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Nachruf.

Am Montag starb unser langjähriger Genosse

A. Knuth.

Ehre seinem Andenken!

8987) Der Vorstand.

Danksagung.

Für die bewiesene Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben guten Mutter und Tochter

Frau Emilie Stolle

sagen unseren herzlichsten Dank. Ebenso dem Personal der Firma R. Karstadt für die uns zuteil gewordene Unterstützung.

8919) Die Kinder August, Carl u. Hans Stolle. E. Ellinger nebst Familie.

Gesucht junges Mädchen

für zwei Vormittagsstunden sofort od. später. Mühlenstr. 68, I. Tage.

Gesucht zu sofort ein tüchtiger

Schuhmacher.

Hans Raabe, Breitenstr. 18, p

Gesucht ein Kostschneider

bei auch Damenarbeit. Stundenlohn 1.50 Mk. (8889 Heinr. Lange Siegenstr. 8.

Zu sofort zwei leere Zimmer mit Gas zu vermieten.

8884) Wickedestraße 22.

Kinderwagen, gut erhalten, gummibereift, zu verk. u. Gr. 11 bei 8883) Große Burg 1. 11. 1. r.

Gut braun Pferd gegen einen Schimmel-Wagenpferd zu tauschen oder zu verkaufen. Gr. Algal. 8878) Stresemannstraße 18 pt.

Zu verk. 1 wenig gebrauchter Gr. 18. und ein Sommerhut für Mädchen von 2—3 Jahren.

8908) Mem. 66. I.

Zu verkaufen eine gute gesunde Ziege. (8914

Näheres Wamen offr. 27 a. d.

Zu verkaufen 1 Paar Herren-Eskimostiefel, Gr. 45.

Hans Raabe

8926) Breitenstraße 18, pt.

Zu tauschen gesucht eine gut erhaltene Militärjacke. Offerten mit Gr. und u. B. an die Exp. d. Bl. (8914

Zugrtod mit Gummi-Beleg. u. ein Militärmantel, Größe groß, Weitenangabe an Ker. Moller, Wakenitzmauer 41

Verloren b. e. Schutz, ein Portemonnaie mit 520 Mk. v. d. Dankwartsgrube b. Gewerkschaftshaus Kaiserstr. Schumöbel. Abzugeben Belohn. i. d. Exped. d. Bl. (8918

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Empfehle mein (8954

Herren-Frisier-Salon

Gute saubere Bedienung.
R. Klempau, Fünfhausen 14

Taschenuhren Schmucksachen Verlobungsringe (8944) Wilh. Westphaling 32 Hüxterstr. 32

Ganz starke Hand-

Blockwagen

3—8 Zentner Tragkraft.

Karl Schulmerich

8900) Mühlenstr. 28.

Was die Sozialdemokraten sind — und was sie wollen.

Von Wilhelm Liebknecht.
— 50 Pfg. —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co

Moderne Schmucksachen Trauringe

in verschiedenen Preislagen

Joks. Tollgreve, Goldschmied

8896) 92 Königstraße 92.

Haltbare

Hosenträger

weiche Kragen zum Selbstwaschen

Krawatten

Papier-Wäsche

Aug. Janensch

8895 Sandstraße 6.

Programm u. Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

— 15 Pfg. —

Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.

Kastenblockwagen

besonders stark, billig. (8902

Beckergrube 5 II.

Schuhreparaturen

werden sofort erledigt. (8897

Besohlung in Leder u. Ersatz.
Schwartauer Allee 4,
Große Burgstr. 38,
Fünfhausen 7,
Kaiserstr. 34.

Verkauf von Sohlen, Flecken, Täcksen, Stiften, Stiefelpolsen, Schonern usw.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Rensefeld-Schwartau.

Mitglieder-Versammlg.

am Sonnabend, 8. Februar

abends 7½ Uhr

im Lokale des Herrn W. Hilprecht (Gasthof Transvaal).

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wahl von Delegierten zu Generalversammlung und Anträge zu derselben.
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

8907) Die Distriktsleitung

General-Versammlung

der

Sterbekasse d. Maurer zu Lübeck

am Montag, d. 10. Februar

abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Jahresabrechnung.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

8912) Der Vorstand.

Achtung!

Parteigenossen, die am Sonntag bei der Bürgerschaftswahl mitarbeiten wollen, werden ersucht, am Sonntag morgen 8 Uhr im Parteisekretariat zu erscheinen. Es ist dringend notwendig, daß sich recht viele Genossen melden.

Das Wahlkomitee.

8985) Johannisstraße 50.

Ia. Koksbriks

ab Lagerplatz Mk. **4.50** gegen Karte und **Grudekoks** ohne Karte

8922) bei **Christian Gäde**

Kontor Fischergr. 4. Lager b. d. Drehbrücke.

Anmeldung des Bezugsrechts für das Lebensmittelkartenheft 9

Letzter Tag für die Anmeldung (8911

am Montag, dem 10. Februar 1919.

Geschäftseröffnung.

Eröffne am Sonnabend, dem 8. d. Mts., Dorustraße 7 ein

Barbier- u. Frisiergeschäft.

Bitte mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hans Sorgenfrei,
Friseur.

8893)

Lederwaren

kauft man am besten und billigsten in der 8896

Lederwaren-Fabrik
F. Fränkel, Breite Straße 54.

Holstenhaus

G. m. b. H. Holstenstraße Lübeck

Wieder Neues

und sehr Preiswertes in unserer Haushalt-Abteilung.

Dem Waggon Steingut-Geschirr, den wir in wenigen Tagen fast vollständig räumten, folgt heute ein Waggon

Porzellan

zu sehr billigen Preisen.

Porzellan-Kaffee-Tassen dekoriert 1.95 1.45	1.25
Porzellan-Kaffee-Becher mit Kanten-Dekor	1.10
Porzellan-Schalen mit Blumen- und Frucht-Dekor . . 4.50 3.95 2.95	1.45
Porzellan-Frühstücks-Teller dekoriert	1.35
Porzellan-Service für Kinder, 5teilig, mit reizenden Kinderbildern .	7.95
Porzell.-Frühstücks-Service 5teilig, dekoriert	8.95
Porzellan-Honig-Dosen mit Frucht-Dekor	2.95
Porzellan-Teekannen mit Goldrand und Linien 7.95	5.95

Porzellan-Kaffee-Service

Service „Anna“ mit modernem Blumen-Dekor. . . .	17.75
Service „Bertha“ mit modernem Kanten-Dekor. . . .	29.75
Service „Klara“ mit breiter Blumen-Kante	36.75
Service „Ella“ mit breitem, pastellfarb. Blumenrand	43.25

Porzellan-Teller weiß festoniert, tief und flach	1.95
Porzellan-Frühstücks-Teller weiß 1.45	1.35
Porzellan-Terrinen weiß 9.75	8.75
Porzellan-Kartoffel-Schalen mit Deckel 6.75	4.75
Porzellan-Braten-Platten groß 1.65	1.10

Porzellan-Tafelservice 21 teilig. **56.50**

Ein Posten

Porzellan- und Steingut-Geschirr

auf dem Transport leicht beschädigt

weit unter Preis.

Johann Möllers billige Fleischquelle

Neu eröffnet! 83/85 Hüxstraße 83/85

bittet alle werten Kunden um Eintragung in die Kundenliste.

8950) Hochachtungsvoll

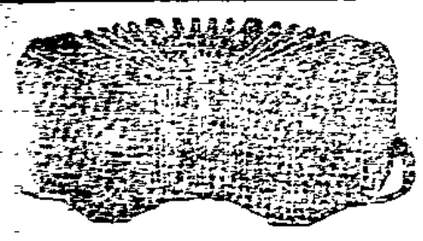
Johann Möller, Schlachtermeister.

Waisenhof. Sonntag **TANZ** 8928) Anf. 4 Uhr.

Gewerkschaftshaus

Sonnabend, den 8. Februar: 8914

Großer Ball.



Friedrich-Franz-Halle.

Sonnabend, den 8. Febr.

Großer Ball

verbunden mit Kappenfest.

Anfang 6 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein (8891)

Konzertina-Klub Lübeck.

Achtung! Arbeiterausschüsse!

Montag, den 10. Februar abends 7½ Uhr im „Gewerkschaftshaus“ (kleiner Saal)

Versammlung der Arbeiter-Ausschüsse der hiesigen Betriebe

Tages-Ordnung: Stellungnahme zur Entziehung der Lebensmittelzusatzkarten Schwere und Schwerstarbeiter sowie Herabsetzung der Kartoffelration.

8915) Der Elbeufer

Kaninchenzucht-Verein für Lübeck u. Umgegend von 18

Versammlung

am Sonnabend, dem 8. Febr. abends 7 Uhr.

T.-O.: Statutenänderung. Vorführung und Bewertung von Tieren.

Tiere mitbringen.

8916) Der Vorstand

Preis-Skat

am Sonnabend, 8. Feb. abends 7¾ Uhr (8

Im Restaurant Zur gemütl. Ecke

Hierzu ladet freundlichst ein Johann Grügmann, Warendorpstr.

Gasthof Kl.-Mühle

Sonntag, den 9. Februar

Große Tanzmusik

Hansa-Halle

Sonnabend, den 8. Februar

BALL

der Telegraphenarbeiter

Rensefeld

Unterhaltungsabend des Klubs „Rheingold“, Lübeck

verbunden mit Tanzkränzchen

am Sonntag, dem 8. Februar

Anfang 6½ Uhr. (8

Kindervorstellung 4 Uhr.

Hierzu ladet ein

Der Vorstand

Hansa-Theater

Sonnabend, Sonntag, Montag

Abends 7 Uhr: (89

Das Dreimäderlhaus

Musik von Franz Schubert

Sonntag nachmittag 3 Uhr

„Tischlein deck' dich“

Halbe Preise.

Stadttheater Lübeck

Spielzeit 1918/19.

Freitag, den 7. Februar

18. Vorstellung im Freitag-A

Ein Maskenball

Sonnabend, den 8. Februar

Zar und Zimmermann

Sonntag, den 9. Februar

Vormittags 11 Uhr

Kammerspiele.

Der Tor und der Tod

Der Tod des Tizian

Abends 7 Uhr:

Ein Maskenball

Dienstag, den 11. Februar

Frau Margit.

Mittwoch, den 12. Februar

Die Zauberflöte

Nr. 32
26. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag
den 7. Februar 1919

Internationaler Sozialistenkongreß.

Die große Schuldebatte in Bern.

I.

Die Dienstagssitzung beginnt mit einer Rede des Unabhängigen Eisner, die mehr als eine Stunde währte. Eisner beginnt mit versöhnlichen Worten: Heute sind mehr Klagen als Anklagen nötig. In Deutschland ist eine Einigung der Massen im Geiste notwendig. Auf eine organisatorische Einheit kommt es weniger an. Im Auslande ist der große Drang zur Umwälzung in Deutschland nicht richtig erfaßt worden. Nirgends war der Drang nach einer Demokratisierung so groß gewesen als in Deutschland. In Deutschland war der Sieg der Mehrheitssozialdemokratie nur möglich, weil sie in der Wahlkampagne gegen das gestürzte System mit den schärfsten Argumenten vorging. Das ist aber noch kein Beweis für die Richtigkeit der Kriegspolitik, die von der Mehrheitssozialdemokratie eingeschlagen wurde. Deshalb ist ihm Wels Rede unverständlich. Sie klang wie eine Rede aus dem dritten Kriegsjahre. Zu Kriegsbeginn konnten viele Leute im Irrtum sein, vielleicht alle. Jetzt ist die Stellungnahme nicht mehr entschuldbar. Inzwischen ist selbst den Bürgerlichen klar geworden, daß sie betrogen worden sind, daß die Mehrheit einem Zwange unterworfen wurde, sie sollte aber selbst zugeben, daß sie getäuscht worden sei. Eisner ergeht sich dann rhetorisch in heftigen Angriffen auf die deutsche Mehrheitspolitik, deren falsche Rechnung Deutschlands der moralischen Rüstung beraubt habe, die es nach der Revolution brauchte. Der Krieg sei von den größenwahnsinnigen deutschen Militärs gemacht worden. Darüber sei nach 14 Tagen Krieg kein Irrtum mehr möglich gewesen. Die Revolution hätte vor 4½ Jahren kommen müssen: damals hätte man das alte Regime stürzen müssen. „Jetzt muß eine neue, freiere, reinere Epoche der deutschen Geschichte beginnen, endlich muß die Wahrheit bekannt werden. Dabei braucht man keinen Wert auf eine gerichtliche Verurteilung der Verantwortlichen zu legen. Wir sind zu stolz dazu, sie nach den alten Methoden abzuurteilen." Eisner bestreitet der deutschen Sozialdemokratie das Recht, gegen die Blockade zu protestieren, nach den von Deutschland angewandten Kriegsmethoden und der Haltung Deutschlands im Haag. „Suchen und finden wir die Mittel, uns die Hand zu reichen. Jetzt heißt es, die Erlösung zu schaffen." Die Rede findet lebhaften Beifall bei den Unabhängigen, einem Teile der Neutralen und den Ententesozialisten.

Auf die leidenschaftlichen Anklagen Eisners, von Renaudel und Thomas antwortet Müller für die deutsche Mehrheit mit größter Ruhe und Sachlichkeit. In halbstündiger Rede führte er aus: „Den Streit mit den Unabhängigen fochten wir in Deutschland aus. Die Einigung der deutschen Arbeiter wird kommen, sogar ohne die Hilfe der Internationale. Im Wahlkampf wurde die Haltung der deutschen Mehrheitspartei lebhaft erörtert und trotzdem haben wir unsern großen Wahlsieg errungen. Wels hat in seiner Rede nicht den alten Geist und nicht das alte System verteidigt, und nur eine objektive Schuldfeststellung verlangt. Deutschland ist nicht allein schuld. Die Militärs waren nicht allein maßgebend. Die Regierung Bethmann-Hollweg dachte sehr pessimistisch über die Kriegslage. Revolutionen können nicht gemacht werden. Die Zeit muß für sie reif sein. Der Januarstreik mußte abgebrochen werden. Damals war eine Beendigung des Krieges nicht zu erreichen. Er mußte abgebrochen werden, nicht weil die Führer bremsten, sondern weil die Situation es erforderte. Auf dem bayerischen Parteitag am 15. Oktober sei er bereits für den Staatsgerichtshof und die Bestrafung der Schuldigen durch ihn eingetreten. Unter dem alten Regime haben wir protestiert, wo das möglich war. Der Krieg ist immer barbarisch, nicht nur, wenn ihn der preußische Militarismus führt, den zu verteidigen wir nicht gesonnen sind. Gegen die belgischen Annexionsabsichten sind wir bereits im Juni 1915 in schärfster Weise aufgetreten. Unsere Erklärung an Bethmann wurde als Flugblatt allgemein verbreitet. Für die annexionistischen Aeußerungen einzelner ist keine Partei verantwortlich. Müller geht dann im einzelnen auf seine Pariser Reise ein. Das von Renaudel verlesene Protokoll ist zum Teil unkorrekt, eine Tatsache, die nicht verwunderlich ist, wenn wir an die tragischen Stunden der Zusammenkunft am Tage nach der Ermordung von Jaurès denken. Die Franzosen waren aber damals dafür, den Kriegskrediten zuzustimmen. In Deutschland herrschten damals 3 Tendenzen: Bewilligung der Kredite, Stimmenthaltung, Ablehnung der Kredite. In Paris hätte man es nicht übersehen können, daß hinter Haase nur 14 Mann standen. Männer, die heute zu den Führern der Unabhängigen gehören, wie Dittmann, Cohn und Wurm, hätten zunächst für die Kredite gestimmt. Diese Haltung wurde durch die russische Mobilmachung erklärt, die an Stelle der russisch-österreichischen, die russisch-deutsche Kriegsfrage geschaffen hatte. Es war den Diplomaten aller Länder klar, daß die russische Mobilmachung die deutsche Kriegserklärung bringen mußte. Hat man dagegen in Frankreich und England alles getan? Jaurès habe damals von den ohnmächtigen und verblendeten französischen Ministern gesprochen, und das solle die volle Wahrheit sein? In Frankreich herrsche über die Haltung der deutschen Mehrheitssozialdemokratie Unklarheit. Scheidemann habe das Wort gesprochen: ein Narr, wer an den Sieg glaubt. Wie sei da die Hetze gegen ihn und gegen den Scheidemann-Frieden von rechts her zu erklären. Habe doch die „Kreuzzeitung" verlangt, Ebert und Scheidemann gehörten wegen ihrer unpatriotischen Haltung auf den Sandhaufen, um erschossen zu werden. Scheidemann habe gesagt, das deutsche Volk habe gesiegt, wenn es sich gegen die Koalition der ganzen Welt behaupte: „Wir sind mit Scheidemann solidarisch und mitverantwortlich für die Politik der Partei. Renaudel hat für Scheidemann schon die Bombe bereit, um ihn moralisch zu töten. Sie muß uns dann auch treffen; ein Unterschied ist da nicht erlaubt. Die Konferenz kann kein Urteil fällen über die Mehrheit. Thomas tritt als Ankläger auf, will er da auch Richter in derselben Klage sein? Nur die Neutralen können richten und deshalb verlangt die sozialistische Regierung Deutschlands eine Untersuchung der Schuldfrage durch Neutrale. Wir haben unsern Einfluß im Kriege nach und nach verstärkt, sonst wäre die Revolution nicht so unblutig verlaufen. Wo war der Einfluß der Ententesozialisten damals, als ihnen die Pässe zur Stockholmer Konferenz verweigert wurden? Wir wären auf ewige Zeiten einflußlos geblieben, wenn wir nicht zu unserm Lande gestanden hätten. Das Urteil über unsere Kriegspolitik kann nicht von Ententesozialisten gefällt werden. Das schafft nicht die moralische Atmosphäre, die zum Wiederaufbau der Internationale nötig ist, das schädigt die Fundamente des Völkerbundes, der nur möglich ist, bei einer starken Demokratie in allen Ländern, vor allem in England und in Deutschland. Ein Schlag gegen die deutsche Sozialdemokratie trifft die internationale Demokratie! Das mögen Sie beachten, bevor Sie urteilen!"

Die deutsche Delegation brachte folgende Resolution zur Denkschrift betreffend die schleunige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen ein:

Die Internationale Sozialistenkonferenz erklärt: die Vertreter der Arbeiterklasse aller Länder haben dafür zu wirken, daß mit Beendigung des Krieges alle Maßregeln, die aus Anlaß des Krieges erlassen, oder die infolge des Krieges entstanden sind, und die den Arbeiter in der Auswahl der Arbeit [illegible] Aufenthaltsortes beschränken, außer Kraft treten. Kein Angehöriger eines anderen Staates darf aus dem Grunde von der Rückkehr in den Heimatstaat zurückgehalten werden, weis er als Zivilinternierter oder als Kriegsgefangener in die Gewalt eines anderen Staates kam. — Die von den Militaristen in Frankreich geforderte gewaltsame Zurückhaltung von 1 Million Gefangenen wird in Millionen Familien Trauer und Haß gegen den Gewalthaber erzeugen, der im 20. Jahrhundert freie Menschen in Sklaven verwandelt und Mißstände erzeugt, die man im grauen Altertum bei barbarischen Staaten gekannt hat. Das Los der Sklaven wird das Mitleid aller fühlenden Menschen hervorrufen und Stimmungen erzeugen, wie sie sich einst gegen die Sklaverstaaten in Amerika wendeten. Dauernden Schaden werden von der Sklaverei neben den Sklaven die freien Arbeiter Frankreichs haben, denn, wenn in der Zeit, in der die Arbeiter ihre Arbeits- und Lohnbedingungen der veränderten Kaufkraft des Geldes anpassen sollen, die Arbeit von 1 Million Sklaven wie ein Bleigewicht auf den Arbeitsmarkt drückt, werden die freien Arbeiter, die mit diesen Sklaven konkurrieren sollen, in ihrer Lebenshaltung so herabgedrückt, daß sie dauernd Parias in der Armee des europäischen Proletariats bleiben.

Hermann Molkenbuhr. Hermann Müller. Otto Wels.
Wilhelm Janson. Karl Hübsch. Hermann Kube.

II.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung polemisiert Kautsky gegen die deutschen Mehrheitssozialisten, deren Politik nichts erreicht und Deutschland an den Abgrund gebracht habe: „Die deutsche Mehrheit hat sich leider nicht zu dem Bekenntnis aufgeschwungen, daß sie jahrelang getäuscht wurde." Das wäre für Deutschland besser gewesen. Kautsky hofft, daß die künftige geeinigte Partei von dem Geiste der Unabhängigen beseelt sein werde. Es ist wichtig, daß Deutschland Lebensmittel und Rohstoffe bekommt, daß es durch den Frieden nicht gedemütigt wird, weil sonst der Bolschewismus Boden gewinnt und damit auch die Gegenrevolution. Hier kann die internationale Konferenz uns helfen. Ich habe nach dem bisherigen Verlauf die Hoffnung, daß es der Konferenz gelingt, sich im Kampfe für den gerechten Frieden zusammenzufinden. (Lebhafter Beifall.)

Bunning-England ist zwar für eine Klärung der Schuldfrage, glaubt aber, daß man damit zurzeit nicht zu Ende kommen werde. Die Engländer ständen stark unter dem Eindruck der Reden Eisners und Kautskys und hofften, daß die deutsche Mehrheit auch noch einen Schritt weiter gehen werde. Jetzt ist es Zeit, an die anderen Arbeiten der Konferenz zu denken. Diese muß für den Frieden praktische Arbeit leisten. (Lebhafter Beifall.)

Troelstra-Holland spricht sich gegen die bolschewistische Bewegung aus. Er erinnert an die Stockholmer Bemühungen, um schon früher zum Frieden zu gelangen, und richtet einen warmen Appell an die Konferenz, gemeinsam für einen gerechten Weltfrieden zu arbeiten.

Da die Abwesenheit der deutschen Mehrheitsdelegierten während der Reden Bunnings und Troelstras kritisiert wird, erklärt Wels, daß die deutsche Delegation in der Zwischenzeit mit den Mitgliedern des Bureaus eine Sitzung abgehalten habe wegen der Förderung der Verhandlungen. Die Abwesenheit bedeute also keine Brüskierung der Konferenz.

Der Franzose Longuet erklärt, mit Kautsky und Eisner völlig übereinzustimmen in der Kritik der deutschen Mehrheit. Auf Grund der Haltung der alten Partei habe er das Recht, das zu erklären. Die jetzige französische Parteimehrheit habe die Schuldfrage nicht aufgeworfen, trotzdem wolle er jetzt dazu einiges äußern. Die deutsche Mehrheit habe den nationalen Strömungen mehr nachgegeben als andere. Auch in Frankreich habe es Genossen gegeben, die ihnen zu viel nachgegeben hätten. Wir bedauern tief, daß die deutsche Mehrheit gegen die Verletzung der Neutralität Belgiens, den U-Boot-Krieg, das Auftreten des preußischen Militarismus in Nordfrankreich nicht schärfer protestierte. Wir bedauern, daß die französischen Rechtssozialisten nicht gegen die Paßverweigerung nach Stockholm protestierten. Dort war Gelegenheit geboten, die deutsche Mehrheit zu stellen. Thomas' Wunsch auf Ausschluß der Mehrheitssozialdemokratie Deutschlands aus der Internationale ist unmöglich. Wir müssen uns wieder zusammenfinden auf der Grundlage des Amsterdamer Beschlusses. Daraufhin muß sich die deutsche Partei einigen. Den Bolschewismus können und dürfen wir hier nicht verurteilen, da wir die Verhältnisse in Rußland nicht genügend überblicken können. Wir müssen die russische Revolution als Ganzes betrachten, wie seinerzeit auch die französische.

Gawronsky-Rußland spricht gegen die Bolschewiki und über die Irrtümer der deutschen Mehrheitspolitik: „Wir brauchen die deutschen Sozialisten. Hinter der Mehrheitspartei stehen 11 Millionen Arbeiter. Heute müssen die französischen Sozialisten zeigen, was sie gegen ihren eigenen Militarismus tun können, um den deutschen Arbeitern zu helfen."

Buchinger-Ungarn führt aus, daß im Interesse der ungarischen Arbeiter ein Rechtsfriede geschlossen werden müsse.

Huysmans teilt mit, daß eine Erklärung der deutschen Mehrheitsdelegation eingelaufen ist, und schlägt vor, eine Kommission zu bilden, der Thomas' Resolution und die deutsche Erklärung übergeben werden sollen. Mittwoch früh soll sie dann Bericht erstatten.

Biorgberg-Dänemark erinnert daran, daß er seinerzeit in Amsterdam auf Jaurès Seite gestanden habe. Die deutsche Sozialdemokratie habe zu wenig Einfluß gehabt. Er geht mit Müller darin einig, daß die französische Sozialdemokratie wegen der Amsterdamer Resolution nicht in die Regierung eingetreten sei. Das war von bösem Einfluß auf das Geschick der Völker im Jahre 1914. Er verkennt dabei die schwierige Lage der deutschen und französischen Partei nicht. In England und Frankreich gibt es zu wenig Arbeiterzeitungen. Wilsons Werk muß gefördert werden und deshalb dürfen die Arbeiter aller Länder keine scheinradikale Politik betreiben. Das Urteil der deutschen Arbeiter über die Politik der deutschen Mehrheit kann hier nicht umgestoßen werden. Die Konferenz ist nicht ordnungsgemäß einberufen worden. Die deutsche Mehrheit ist ohne Vorbehalt eingeladen worden. Nach dem russisch-japanischen Kriege fanden sich auch die Genossen zusammen. So muß auch hier die Konferenz für den Frieden nützliche Arbeit leisten. (Beifall.)

Fritz Adler-Oesterreich wird von lebhaftem Beifall und Bravorufen begrüßt, als ihm das Wort erteilt wird. Er nimmt den Beifall nicht nur für seine Person in Anspruch. Ihn habe eine Ueberwindung gekostet, hier zu erscheinen, wo große Teile der Internationale fehlten. Immerhin sehe er darin ein freudiges Ereignis, daß sich nach über vier Jahren Entfremdung deutsche und französische Genossen zusammensetzen. Die Zeit des Zusammenkommens sei viel zu spät für die Internationale. Sie hätte sich früher treffen können, wie es die Zimmerwalder getan haben. Die Mehrheitsparteien aller Länder bestehen aus den Schiffbrüchigen

---

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Allerdings, Exzellenz, noch eine kurze Angelegenheit, die —"

„Dann also bitte." Auch Exzellenz schien jetzt nervös geworden. Sie gähnten unterdrückt.

„Es handelt sich für uns," sagte der Oberregisseur, „da Herr Taucher mit Schluß der Saison leider wirklich geht, um das Engagement eines ganz jungen Episodenspielers. Dieser bietet sich nun an, und zwar durch die Agentur Schlesinger" — der Oberregisseur neigte, um Exzellenz den Fall besonders plausibel zu machen, den Kopf gegen diese — „in der Person des Herrn Willi Cornelius, Sohn unseres Kanzleirats. Der junge Mann, zwar unbedeutend in der Erscheinung —"

Schon hier stand räuspernd und sich damit einigermaßen anspruchsvoll zum Gegenwort meldend, der Geheimrat Ackermann auf. Herr Jungmayr fühlte sich unterbrochen, — er stutzte. Der andere holte aus:

„Meine Herren! Also wieder ein Fall dieses unglückseligen Nepotismus, wie er leider beim Theater Brauch ist und, wachsend ohne Widerstand, nachgerade bedenkliche Dimensionen annimmt. Da ist ja kaum noch ein Nachkömmling eines Bühnenangehörigen, der oder die sich nicht berufen fühlte, auf die Bretter zu laufen. Sei die Mutter auch bloß Kehrfrau, der Vater Zettelträger, — die Tochter muß, mit oder ohne Begabung dafür, Liebhaberin, der Sohn Sänger oder so was werden. Dieser unselige Zulauf, oft aus niederen Kreisen und ohne ausreichende Schulbildung, trägt ein gut Teil Schuld an der Misere, die das Theater beherrscht. Kämpfe dagegen jeder, der es vermag. Uns aber, die wir die Verhältnisse nur zu gut kennen, liegt die Pflicht ob."

„So, Sie meinen?" sagten dann Exzellenz und schauten, Beirat suchend, die Herren Jungmayr und Christofani an. Letzterer zögerte auch nicht, zu der Frage sogleich Stellung zu nehmen.

„Herr Geheimrat trifft mit seinem Einwand den Nagel auf den Kopf," erklärte er. „Es ist unerhört, wie talentloser Nachwuchs der Zugehörigen manchem Genie, das von außen herein möchte, den Weg versperrt. Auch ich stimme schon aus Prinzip, obgleich ich Cornelius gar nicht kenne, gegen sein Engagement."

„Werden aber, was Sie beabsichtigen, meine Herren, den jungen Mann vom Theater fernzuhalten, gar nicht erreichen. Nehmen wir ihn nicht, so wird Herr Schlesinger ihm einen anderen Platz verschaffen und, durchgesetzt hat er's doch. Derjenige aber, den wir von anderswo beziehen, ist vielleicht auch ein Theaterkind, bedenken Sie. Daß Willi Cornelius aber sehr begabt und ein gebildeter Mensch ist, bestätigt Mittelbach, der ihn unterrichtet, und — keine Geringere als unsere Herzog, der er Proben seines Könnens ablegte."

„Und dann der Schlesinger, was der empfiehlt —! lobte der Generalintendant den Wert seines bevorzugten Agenten.

Bloß mit dem Fränkel hat er uns gehörig hineingelegt. Exzellenz."

„So, Sie meinen?"

„Schauderhaft geradezu. Uns einen Sänger zu schicken, der jede seiner wenigen Partien mit totaler Heiserkeit sang —"

„Klimatische Einflüsse, Herr Geheimrat. Dafür kann kein Agent," parierte Exzellenz. „Wir werden den jungen Cornelius, über den jeder von uns sich noch erkundigen mag, ein- oder zweimal gastieren lassen und davon weiteres abhängig machen.

Der Generalintendant erhob sich, die anderen mit ihm. „Ich danke, meine Herren," sagte er, „und — auf heute abend!" — —

Ein noch junger, außerordentlich serviler Herr, ganz und gar in Diensteifer getaucht, erschien punkt halb sieben Uhr abends in der Person des Herrn Schumacher aus Neuyork im Theaterbureau.

Er erlaube sich, eröffnete er dienernd dem Sekretär, auf Wunsch und Befehl des Herrn Generalmusikdirektors zu kommen und bitte, ihn Seiner Exzellenz, dem Herrn Generalintendanten unter Abgabe seiner Karte alsbald zu melden.

Dem Verlangen wurde entsprochen und Herr Schumacher genoß den Vorzug, in das Allerheiligste geführt zu werden, wo die Spitzen des Instituts, die Herren Ackermann, Chistophani und Jungmayr, sich wie am Vormittag schon wieder um Exzellenz geschart hatten.

Nach erfolgter Begrüßung und Vorstellung durch seinen Gewährsmann Christofani sah sich Herr Schumacher einem Kreuzfeuer von Fragen ausgesetzt.

Es kam dabei zutage, daß er sich eine Spielzeit über in Detmold betätigt, dann in den Vereinigten Staaten zwei Opernstagiones unter der Direktion Calvour mitgemacht und sozusagen alles dirigiert hatte.

Auch als Komponist einer Oper Biterolf war er bereits hervor-, aber auch schnell wieder zurückgetreten. Kurz, ein Talent, das, durch und durch Untertanenseele, keinen störte und darum an Herrn Christofanis Seite ganz und gar der rechte Mann zu sein schien.

Schließlich kam ein Eventualvertrag mit ihm zustande, eine für gewöhnlich nicht erforderliche Probe des fest im Repertoire stehenden Fliegenden Holländer wurde auf morgen vormittag zehn Uhr angesetzt.

Der Ruf: „ein neuer Kapellmeister" ging erst mit Reserve von einem zum andern, kurz hinterher aber rückhaltlos und laut wie ein Lauffeuer durch das ganze Haus. Daß er als eine Ueberraschung hätte gelten können, traf nicht zu.

Fast alle Angehörigen des Hoftheaters wußten von der schon längst bestehenden unerquicklichen Stellung der Herren Christofani und Rohaschek zueinander. Es mußte da einmal in absehbarer Zeit eine Klärung erfolgen.

Daß sie zuungunsten Rohaschels, als des jüngeren amtlich weniger Bedeutenden, wenn auch künstlerisch weit über Christofani Stehenden, stattfinden würde, galt für genau so ausgemacht wie die zu erwartende Klärung selber.

Christofani stand einer Säule gleich, im Gefüge der königlichen Oper. An ihm, an seiner Stellung gab es nichts zu rütteln.

In der Holländer-Probe am kommenden Vormittag thronte statt der ständigen Kapellmeister Herr Schumacher, nachdem er von Christofani kurz vorgestellt worden war, unten am Dirigentenpult. Er ergriff den Taktstock, die Ouvertüre begann.

Mit dem vorzüglich eingespielten Orchester, dessen sorgsame Pflege sich Rohaschek während seines Probejahrs immer zur besonderen Ehre angerechnet hatte, ging alles sozusagen am Schnürchen, wie das von einer Schar echter Musiker, die sich da in ihrem Element ausleben, gar nicht anders zu erwarten war. Ob ihr Führer in einem so erprobten Stück wie die Holländer-Ouvertüre Schumacher oder Christofani oder Rohaschek hieß, war eins — sie machten's, machten es gut, im Notfall auch ohne Battuta.

Das galt also für selbstverständlich, keiner verlor ein Wort darüber.

Nur der Generalmusikdirektor, im Kreise der Würdenträger und Vorstände im Parkett sitzend, eiferte in höchsten Lobeserhebungen für das ganz besondere Etwas, das sich aus dem Handgelenk des neuen Mannes widerstandslos dem Orchester mitteile.

„Ausgezeichnet," rühmte er. „Genau wie ich den jungen Mann in Erinnerung hatte. Der ist, mir zur Seite gestellt, gar die Persönlichkeit, wie unser Institut sie braucht. Straff und gewandt in der Führung, stellt er die rappelköpfische, unerhört liebenswürdige Art des Herrn Rohaschek vollständig in den Schatten. Wir werden in den Opern, die nicht meiner persönlichen Direktion unterstehen, von einer neuen Aera an unserer Hofbühne reden können."

„So, meien Sie?"

„Zweifellos, Exzellenz, weil dann, Hand in Hand mit einer fügsameren Persönlichkeit, auch in diesen Werken mein Einfluß wieder mehr zur Geltung kommen kann. Gegen einen Allerbesserwisser und rabiaten, aufsässigen Patron, wie Herr Rohaschek ist es selbst für mich unmöglich —"

Im gleichen Augenblick legte sich eine Hand aus der nächsten Reihe des Parketts dem Generalmusikdirektor auf die Schulter und eine allen bekannte Stimme sagte, zwar um ruhigen Ton bemüht, aber doch die Ruhe nicht ganz bewahrend:

„Auf einen Moment nach der Probe, wenn es Ihre Zeit erlaubt, Herr Generalmusikdirektor — ich bitte." (Fortsetzung folgt.)

gen der alten zusammengebrochenen Internationale. Die Minderheitsparteien konnten sich früher treffen. Die Scheidemänner, die Thomas', die Renner und Renaudels aller Länder sind es, die wir zu kritisieren haben. Oesterreich trägt einen guten Teil Schuld an der Entzündung des Krieges. Darüber sind wir mit unseren Mehrheitsgenossen ein und derselben Meinung. Oesterreich hat auf den Krieg schon vor dem Attentat in Serajewo hingearbeitet. Graf Hojos hat am 5. Juli 1914 in Berlin ein Handschreiben des Kaisers Franz Joseph überreicht. Damals war der Krieg schon eine beschlossene Tatsache, beschlossen mit Einverständnis Deutschlands. Die Darstellungen der Ententepresse über die Schuldfrage sind insofern zu korrigieren, daß auch in den anderen Ländern die Herrschenden nicht unschuldig am Ausbruche des Krieges waren, so auch der Zar. Die deutschen und österreichischen Proletarier fühlten sich damals durch den Zarismus bedroht, das sollte heute nicht vergessen werden. Was den Bolschewismus betrifft, so können Abwesende nicht verurteilt werden. Er sei kein Bolschewist. Die Konferenz betrachte ich mit größter Skepsis. Es fehlt noch die innere Selbstkritik, die notwendig ist, bevor die Internationale wieder zusammentreten kann. (Beifall.)

Es wird folgende **Erklärung der deutschen Mehrheitssozialisten** verlesen:

„Zur Frage der Schuld am Kriege hat die Delegation der deutschen Sozialdemokratie (Mehrheitsfraktion) folgendes zu erklären: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß der Weltkrieg im allgemeinen eine Folge der imperialistischen Politik der vergangenen Jahrzehnte ist, doch erkennt sie gleichzeitig die Verpflichtung an, diejenigen Vorgänge festzustellen, die unmittelbar das vierjährige Völkermorden verursacht haben. Diese sind in erster Linie das österreichische Ultimatum an Serbien, die russische allgemeine Mobilmachung und die hiernach erfolgte Kriegserklärung Deutschlands an Rußland und Frankreich. Sie lehnt jede Verantwortung für den Ausbruch und für die Führung des Krieges ab. Sie hat den Krieg nicht gewollt und nicht geführt. Damit die kollektiven und persönlichen Verantwortlichkeiten festgestellt werden, fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands die restlose Aufklärung dieser Vorgänge, wie sie die russische Sowjetregierung begonnen hat, und ist bereit, wie auch die sozialistische Regierung sofort nach dem Siege der Revolution erklärt hat, die den Krieg betreffenden Dokumente aufs genaueste zu prüfen und zu veröffentlichen. Sie erwartet aber auch von den Parteigenossen aller übrigen kriegführenden Länder, daß sie von ihren Regierungen das gleiche Vorgehen verlangen, damit die Schuldfrage in ihrer ganzen Ausdehnung geklärt werde.

Die deutsche Sozialdemokratie ist während des Krieges stets für einen Frieden der Verständigung und der Versöhnung der Völker eingetreten und wurde deshalb von den alldeutschen Kriegstreibern und Annexionisten auf das schärfste angegriffen.

Die Delegation der deutschen Sozialdemokraten erklärt, daß der Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien einen Völkerrechtsbruch darstellt, und daß alle nachträglichen Versuche, den Einfall der deutschen Truppen in Belgien durch die Haltung Belgiens vor dem Kriege zu rechtfertigen, als mißlungen zu betrachten sind, und sie wiederholt die von der sozialistischen Regierung Deutschlands abgegebene Erklärung, daß sie sich in bezug auf die Wiederherstellung Belgiens auf den Boden der Wilsonschen Forderungen stellt.

Die deutsche Sozialdemokratie wird mit allen Mitteln jene Maßnahmen unterstützen, die in der zu gründenden Gesellschaft der Nationen, vor allem den kleinen Nationen die volle Unabhängigkeit und Sicherheit gewährleisten sollen. Die Partei hat volles Verständnis für die durch den Einfall der deutschen Truppen in Belgien, dort und in der ganzen Welt erzeugten Stimmungen. Sie denkt nur mit schmerzlichem Bedauern an die schweren Leiden, die das am Kriege unschuldige belgische Volk während mehr als 4 Jahren zu erdulden hatte. Die junge deutsche Republik hat keinerlei Ursache, irgend jemanden zu schonen, dessen Schuld an der Entfesselung des Völkermordens festgestellt werden kann. Die deutsche Sozialdemokratie wird ihren ganzen Einfluß aufbieten, damit die Verantwortlichen voll zur Verantwortung gezogen werden.“

Wirtschaftliches.

Beendigung des oberschlesischen Bergarbeiterstreiks.

Nach fast einmonatiger Streikdauer auf den einzelnen Gruben fuhren in den letzten Tagen die Belegschaften von 62 Gruben des oberschlesischen Kohlenbezirkes wieder ein. Ausständig sind noch die Myslowitz-Hultschiner Grube.

Aus der Partei.

Das **Wiedererscheinen der „Bergischen Arbeiterstimme“ und „Bergischer Volksstimme“** in Solingen und Remscheid ist jetzt nach fast 14tägigem Verbot durch die britische Behörde genehmigt worden. Es ist jedoch den Genossen Jakob Knoth, Otto Geldmacher und Hugo Schaal die ausschließliche Verantwortung für den Gesamtinhalt beider Zeitungen auferlegt worden. Die bisherige Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ wird entlassen. Als leitender Redakteur tritt Dr. August Erdmann ein, der die Zeitungen in rein sozialdemokratischem Sinne leiten wird, mit dem Ziel, die Wiedervereinigung der sozialistischen Gruppen, unter Ausschaltung des Spartakusbundes und sonstiger extremrevolutionärer Elemente zu fördern. Vorstand, Aufsichtsrat und Preßkommission der „Bergischen Arbeiterstimme“ haben zu diesen Bedingungen einmütig ihre Zustimmung gegeben.

Aus Nah und Fern.

Unfall im Flugdienst Berlin—Weimar. Ein Flugzeug, das von Berlin nach Weimar fliegen sollte, stieß in Lankwitz gegen den Kirchturm. Der Führer konnte das Flugzeug im letzten Augenblick noch hochreißen, so daß nur die Kirchturmspitze verbogen wurde. Das Flugzeug mußte notlanden. Als Passagier fuhr ein Regierungsvertreter, der nach Weimar zur Eröffnung der Nationalversammlung wollte.

Neueste Nachrichten.

Von der Nationalversammlung.

Weimar, 7. Februar. Sofort nach Beendigung der ersten Sitzung der Nationalversammlung traten die Fraktionen wieder zu Beratungen zusammen. Die Sozialdemokraten wollen nach dem Verzicht des Abgeordneten Hildenbrand-Stuttgart für das Präsidium der Nationalversammlung entweder den Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes Bauer oder den Unterstaatssekretär David präsentieren. Die Demokraten bringen als Vizepräsidenten Conrad Haußmann in Vorschlag. Das Zentrum ist sich über die Frage des Eintritts in das Präsidium noch nicht schlüssig geworden.

Weimar, 7. Februar. Bereits am Sonnabend soll die von der Reichsregierung im Einvernehmen mit den einzelstaatlichen Regierungen eingebrachte Vorlage über eine vorläufige Reichsverfassung en bloc ohne weitere Verhandlung gleich in allen drei Lesungen verabschiedet werden. — Im Laufe der nächsten Woche wird der Staatssekretär Schiffer eine große Kreditvorlage — man spricht von 25 Milliarden Mark — einbringen. — Ferner wird der Rat der Volksbeauftragten, ehe er sein Mandat in die Hände der Nationalversammlung zurücklegt, um Indemnität für die bisherige revolutionäre Verwaltung nachsuchen. — Das Reichskabinett soll außer dem Reichskanzler aus 13 verantwortlichen Ministern bestehen, die nicht mehr den Titel Staatssekretär, sondern Reichsminister führen werden.

Weimar, 7. Februar. Wie die „Voss. Ztg.“ hört, hat die Zentrumsfraktion beschlossen, in die Regierung einzutreten und diesen Entschluß den anderen Fraktionen mitzuteilen.

Zwölf Todesopfer einer Vergiftung.

Breslau, 7. Februar. In der Ambulanzstation des Allerheiligenhospitals gelangten in letzter Zeit ungefähr hundert Fälle von Krätze zur Behandlung. Von den Patienten erkrankten diejenigen, welche die ihnen verordnete schweflige Salbe aus einer hiesigen Apotheke bezogen hatten, an einem schweren Nierenleiden, welches den Tod von zwölf Personen zur Folge hatte. Wie die „Breslauer Zeitung“ dazu erfährt, soll an diesem Unglück weder ein Fehler in der ärztlichen Rezeptur, noch ein solcher in der Medizinbereitung durch die Apotheke schuld sein, sondern der tödliche Ausgang soll auf die schlechte Beschaffenheit des zur Bereitung der Medizin verwendeten Schwefels zurückzuführen sein. Die Untersuchung gegen den Lieferanten des Schwefels ist eingeleitet. — Die Meldung ist recht dunkel. Krätze ist bekanntlich eine äußere Krankheit, die durch Schmieren behandelt wird. Die zwölf Opfer sollen aber einer schweren Nierenkrankheit erlegen sein.

Revolutionäres aus Rheinland.

Essen, 7. Februar. Der Vollzugsrat in Ratingen beschlagnahmte den gesamten Grundbesitz des Reichsgrafen v. Spee und erklärte ihn als Eigentum der Gemeinden Ratingen und Eckamp. Weiter berichtet der „Lokal-Anz.“: Die beiden sozialistischen Richtungen haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Es wurde betont, daß die Truppen, die jetzt in Bremen eingerückt seien, demnächst nach Düsseldorf und Essen marschieren würden. Dann müsse die Arbeiterschaft einig sein, um innerhalb 36 Stunden die gesamte Arbeit im Ruhrrevier niederzulegen.

Rücktritt der norwegischen Regierung.

Christiania, 7. Februar. Die radikale Regierung reichte ihre Entlassung ein. Der König besprach sich mit den Führern der Konservativen und Radikalen sowie der sozialdemokratischen Partei. Es wird versucht, eine Sammlungsregierung aller drei Parteien zu bilden. Das Ergebnis ist noch unsicher.

Briefkasten.

H. O. Die große Kälte war 1912. Der tiefste Thermometerstand betrug am 4. Februar 27,2 Grad.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Bekanntmachung.

Postverkehr mit den Besatzungen ausgelieferter Kriegsschiffe.

Mit den in **Scapa Flow** internierten deutschen Schiffsbesatzungen ist eine regelmäßige alle acht Tage bestehende Postverbindung durch ein Torpedoboot von Wilhelmshaven aus eingerichtet. Die Sendungen sind portofrei. Wegen beschränkten Raumes ist nur eine Mitnahme von Briefen und Zeitungen möglich, nicht aber von Paketen, die in größeren Abständen mit dem Nachfuhrdampfer geschickt werden. Alle Postsachen müssen neben dem Schiffsnamen den Vermerk „Ueberführungsverband“ haben.

Beispiel:

Interniertensendung.

An
Matrose Hans Schmidt
Linienschiff „Bayern“
Ueberführungsverband Wilhelmshaven.

Die Absendung der Postsachen als Kriegsgefangenensendungen empfiehlt sich nicht.

Der Kriegsminister. J. A.: v. Wrisberg. — **Der Unterstaatssekretär.** Göhre.

Arbeiter- und Soldatenrat.

8940) Reihfeldt. Fester. [illegible]

Struckfähre.

Eisgangshalber wird der Betrieb der Struckfähre
an den Werktagen
von 5½ bis 9 Uhr vormittags,
von 11 Uhr vorm. bis 2½ Uhr nachmittags und
von 4 bis 6 Uhr nachmittags,
an den Sonntagen
von 11 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachmittags und
von 4 bis 6 Uhr nachmittags
mittels Dampfers aufrecht erhalten. Außerhalb dieser Zeiten werden keine Personen übergesetzt.

Lübeck, den 7. Februar 1919. (8887

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend Erhöhung der Fleischmenge für Selbstversorger.

Auf Grund der Verordnung der Reichsfleischstelle betr. Aenderung der Anordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs und den Handel mit Schweinen vom 30. September 1918 wird die wöchentliche Fleischmenge aus Hausschlachtungen für Selbstversorger **vom 8. Februar 1919 ab**, auf **350 Gramm** für die Woche für erwachsene Personen, und **250 Gramm** für die Woche für Kinder unter 6 Jahren, festgesetzt.

Alle Voll- und Teilselbstversorger, die in der vorjährigen Schlachtperiode 1918/19 Hausschlachtungen vorgenommen haben, erhalten gegen Rückgabe der ausgestellten Ausweispapiere in der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamtes (Fleischverteilung) Königstraße 68, abgeänderte Abrechnungen. **Außer dem Ausweispapiere ist der gelbe Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln und die z. Zt. gültigen Fleischkarten mit vorzulegen.**

Lübeck, den 6. Februar 1919. (8896

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung

über die Voranmeldung zur Ausgabe von Gemüsekonserven.

Für den Monat Februar ist eine einmalige Ausgabe von Gemüsekonserven in Aussicht genommen. Für diese Ausgabe haben die Verbraucher sich in der Zeit vom 10. bis 14. Februar 1919 in einem Konserven-Spezialgeschäft oder bei einem sonstigen Kleinhändler zum Bezuge von Gemüsekonserven unter Vorlegung des Lebensmittelkartenheftes 9 oder der Lebensmittelkarte für die Zeit vom 17. 2. bis 16. 3. 1919 anzumelden.

Bei der Anmeldung hat der betreffende Kleinhändler den Abschnitt 119 der Warenkarte abzutrennen und auf die Rückseite des Kopfes der Warenkarte seinen Geschäftsstempel zu setzen, als Nachweis dafür, daß die Anmeldung des Bezugsrechts für Gemüsekonserven erfolgt ist.

Die Kleinhändler haben die gesammelten Abschnitte spätestens am 17. Februar an das Landesversorgungsamt (Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II), auf Klebebogen aufgeklebt, einzureichen. Ueber die Anzahl der eingelieferten Abschnitte wird Quittung erteilt.

Da es unmöglich ist, daß jeder Kleinhändler einzeln beliefert wird, wird das Landesversorgungsamt unmittelbar nur solche Kleinhändler beliefern, welche mindestens Anmeldungen für 200 Personen einreichen. Kleinhändler, bei welchen sich eine niedrigere Personenzahl angemeldet hat, können sich zu gemeinsamem Bezuge zusammenschließen, doch ist derjenige Kleinhändler, welcher dem Landesversorgungsamt gegenüber als Empfänger auftritt, verantwortlich für ordnungsmäßige Verteilung und Ausgabe. Unzuverlässigkeiten in dieser Hinsicht führen zum Ausschluß bei künftigen Zuteilungen.

Ueber den Zeitpunkt der Ausgabe der Gemüsekonserven erfolgt eine weitere Bekanntmachung nach Ausgabe der Waren an die Kleinhändler.

Lübeck, den 7. Februar 1919.

8910) **Das Landesversorgungsamt.**

Bekanntmachung.

Reste aus der dieswöchentlichen Marmeladenverteilung können von den Kleinhändlern auf den Abschnitt 114 der Warenkarte an die bei ihnen angemeldete Kundschaft, welche den Abschnitt noch nicht eingelöst hat, abgegeben werden und zwar für jede Person

125 Gramm Marmelade zum Preise von Mk. 1.— für ½ kg.

Kleinhändler, welche dann den Abschnitt 114 noch nicht restlos einlösen können, haben ihren Bedarf bis zum Dienstag, dem 11. Februar 1919 der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18 II, aufzugeben.

Lübeck, den 6. Februar 1919. (8905

Das Landesversorgungsamt

Bekanntmachung.

I.

Vom Sonnabend, dem 8. Februar ab dürfen auf die mit dem Buchstaben A und B bezeichneten Abschnitte der Brotkarte je 350 Gramm Brot oder 250 Gramm Mehl abgegeben und entnommen werden.

Die übrigen Brotkartenabschnitte gelten nach wie vor nur für die auf ihnen verzeichneten Mengen.

II.

Wer mehr Brot oder Mehl abgibt oder entgegennimmt als nach den vorstehenden Bestimmungen zulässig ist, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 6. Februar 1919. (8921

Das Landesversorgungsamt.

Um Betrügereien und Schiebungen zu verhindern, verbieten wir hiermit telephonische und vorherige Bestellungen von Fleisch und Fett bei den Pferdeschlachtern. Sie haben dieses in kleinen Mengen der Reihe nach an sämtliche Kunden abzugeben.

Der Arbeiter- und Soldatenrat der Provinz Lübeck.

8918) Rick. Peters

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 9. Febr. 1919

15-Pfg.-Fahrscheine gültig für	2 Zonen
20 „ „ „ „	3 „
25 „ „ „ „	5 „
30 „ „ „ „	7 „
35 „ „ „ „	9 „
40 „ „ „ „	11 „

Jede weiteren 2 Zonen kosten 5 Pfg. mehr.

Sämtliche Fahrscheine können nach entsprechender Kennzeichnung durch den Schaffner, zum einmaligen Umsteigen benutzt werden.

Die Beförderung von Gepäckstücken und Hunden kostet 15 Pfg. ohne Zonenbegrenzung.

Fahrscheine für Schüler.

Bündel zu 15 Stück kosten Mk 1.50, gültig nach entsprechender Kennzeichnung durch den Schaffner zum einmaligen Umsteigen, ohne Zonenbegrenzung.

Arbeiter-Wochenkarten.

Für Arbeiter bis zu einem Jahresverdienst von Mk. 2500.— bezw. einem Wochenverdienst von Mk. 50.—
für wochentäglich 2 mal. Fahrt Mk. 1.20
„ „ 4 mal. „ „ 1.90
gültig für einmaliges Umsteigen ohne Zonenbegrenzung.

Die Arbeiter-Wochenkarten gelten nur für die Strecken, für welche sie gelöst werden.

Monatskarten für Schwartau, Kücknitz und Schlutup.

für täglich zweimalige Fahrt Mk. 18.—
„ „ viermalige „ „ 20.—

Zur Beachtung!

Die noch vorhandenen Fahrscheine, Fahrscheinbündel, Wochen- und Monatskarten werden einstweilen weiter benutzt, doch ändern sich die Werte folgendermaßen:

15-Pfg.-Fahrscheine gelten jetzt für	2 Zonen statt für	3 Zonen
20 „ „ „ „	3 „ „ „	5 „
25 „ „ „ „	5 „ „ „	7 „
30 „ „ „ „	7 „ „ „	9 „
35 „ „ „ „	9 „ „ „	11 „

Sämtliche Fahrscheine können nach entsprechender Kennzeichnung durch den Schaffner, zum einmaligen Umsteigen benutzt werden.

Bei den Fahrscheinbündeln, Wochen- und Monatskarten wird der neue Preis durch Ueberdruck kenntlich gemacht.

Die bisherigen Fahrscheinbündel mit 10-Pfg.-Fahrscheinen werden im Verwaltungsbureau der Lübecker Straßenbahn, Roeckstraße Nr. 49 a, gegen Fahrscheinbündel mit 15-Pfg.-Fahrscheinen umgetauscht.

Lübeck im Februar 1919. (8908

Die Betriebsbehörde.
Abteilung Straßenbahnen.